

VONEINANDER LERNEN

Erfolgsfaktoren in der internationalen Integrationsarbeit



IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Karsten Jung (V.i.S.d.P.)

Jasmin Sandhaus

Fabian Melchers

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig.

Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

VONEINANDER LERNEN

Erfolgsfaktoren in der internationalen Integrationsarbeit

INHALT

■ GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER	SEITE 07
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 08
■ BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN	
□ 31. AUGUST 2016: ESSENER FORUM ZUM THEMA „FUNDRAISING, VERNETZUNG, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT – ERFOLGSFAKTOREN DER PROJEKTARBEIT“	SEITE 10
□ 8. SEPTEMBER 2016: BROST-STIFTUNGSTAG	SEITE 12
□ 6. OKTOBER 2016: ESSENER FORUM ZUM THEMA „DAS QUARTIER: INTEGRATIONSMOTOR UND QUELLE SOZIALEN ENGAGEMENTS?“	SEITE 14
□ 18. OKTOBER 2016: PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „WIE WIR LEBEN WOLLEN – WERTE, KULTUR UND TRADITIONEN IM EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND“	SEITE 16
□ 15. NOVEMBER 2016: BONNER FORUM ZUM THEMA „MIGRANTENORGANISATIONEN IN DER INTEGRATIONSARBEIT – ZWISCHEN COMMUNITY, KOMMUNE UND VERWALTUNG“	SEITE 18

- DIE GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG
VON MIGRANTENVEREINEN IN DER INTEGRATIONSARBEIT
DR. UWE HUNGER SEITE **20**
- INTEGRATION DURCH COMMUNITY-
BASIERTE ORGANISATIONEN: WIE DEUTSCHLAND VON DEN
AMERIKANISCHEN ERFAHRUNGEN PROFITIEREN KANN
CHRISTINA CHANG SEITE **24**
- INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN DER INTEGRATION –
INNOVATIVE IMPULSE FÜR DIE PROJEKTARBEIT
**PROF. DR. VOLKER KRONENBERG / MARCO JELIC /
DR. MANUEL BECKER / JASMIN SANDHAUS** SEITE **30**



GRUSSWORT

VON DR. BORIS BERGER



Dr. Boris Berger

*Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik*

Gerade wenn es um Integration und das Miteinander unterschiedlicher Kulturen geht, kann der Blick über nationalstaatliche Grenzen hinweg gewinnbringend sein. In der aktuellen Situation kann auch Deutschland von Erfahrungen profitieren, die andernorts bereits gemacht wurden oder werden – etwa in Ländern, die sich traditionell als Einwanderungsländer verstehen und in denen integrationspolitische Maßnahmen eine lange Tradition haben.

Dafür steht symbolisch die Freiheitsstatue in New York, die seit weit über 100 Jahren neue Einwanderer mit dem Versprechen eines besseren Lebens fernab der Heimat in den USA begrüßt. Inwieweit die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump dieses Versprechen jedoch noch einlösen können – oder wollen – steht jedoch zunehmend in Frage.

Auch Schweden galt lange als Paradebeispiel für gelungene Integrationspolitik und vorbildliche Arbeitsmarktintegration. Auch dort können wir jedoch beobachten, dass in den letzten Jahren rechtspopulistische Parteien vor allem mit Meinungsmache gegen Muslime einen stetigen Stimmengewinn verzeichnen können. Lernen können wir also nicht nur aus den Erfolgsgeschichten der Vergangenheit. Die aktuellen Herausforderungen, vor denen die westlichen Demokratien gemeinsam stehen, bieten ebenso wie die jeweils in einem spezifischen nationalen Kontext entwickelten Antworten Anlass zu der Frage, ob sich gemachte Erfahrungen und gute Ideen übertragen lassen.

Diesen Blick über den Tellerrand wagt auch das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“, das der Verein für Forschung und Lehre praktischer Politik gemeinsam mit der Bonner Akademie und der Brost-Stiftung durchführt. Im Rahmen einer Vergleichsstudie sollen international vielversprechende Ansätze identifiziert und auf Ihre Übertragbarkeit für Deutschland – und das Ruhrgebiet – hin überprüft werden.

Der vorliegende Band gibt einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse dieser internationalen Vergleichsstudie. Ich freue mich daher besonders, dass neben renommierten Wissenschaftlern auch Partner zu Wort kommen, deren Arbeit im Rahmen der internationalen Forschungsreisen besonders beeindruckte. Der weitere Ausbau ihrer Ansätze und die gezielte Förderung versprechen auch für Deutschland einen äußerst positiven Effekt und werden auch im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts eine zentrale Rolle spielen.

Dr. Boris Berger

*Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik*

VORWORT

VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der
Bonner Akademie

Integration – eigentlich ist das nur ein neues Wort für einen uralten Inhalt: Im längsten Teil der Menschheitsgeschichte gab es weder Grenzen noch Zäune. Man war ständig auf Wanderung, denn man folgte den Wildherden oder der Sonne. Die Erde war dünn besiedelt, und die Sesshaftigkeit noch nicht erfunden. Aber auch nach dem Beginn der Geschichte gab es ständig Bewegungen von Individuen, Gruppen und ganzen Völkern.

Sie hatten sehr oft gute Gründe. Missernten oder Naturgewalten zwangen sie, buchstäblich das Weite zu suchen. Ein „Mongolensturm“ war ihnen auf den Fersen. Krieg, Verfolgung, sozialer Druck in ihrer alten Welt trieben sie an, eine neue zu suchen. Immer waren auch Menschen unterwegs, die einfach nur einen Traum hatten und ihn verwirklichen wollten.

Je nach den Umständen vollzogen sich solche Begegnungen konflikthaft, opferreich und kostenträchtig, oder über lange Zeiträume, behutsam und friedlich. Dann waren sie für beide Seiten nützlich. Es entstanden Zonen mit „erhöhter Temperatur“, mit großer Umsatzgeschwindigkeit von Austausch und neuen Ideen. Handwerker gingen auf Wanderschaft. Künstler suchten ferne Meister auf und schauten ihnen über die Schulter. Händler besuchten ferne Märkte. Die Herausforderungen inspirierten kreatives Denken und Handeln. Es kam zu überraschenden Lösungen und kulturell-sozialer Hochkonjunktur.

„EINE DIKTATUR,
EIN BÜRGERKRIEG, EINE
HUNGERKATASTROPHE,
UND MENSCHEN SETZEN
SICH IN BEWEGUNG.“

Historiker beobachteten dieses Phänomen entlang der großen Handelsstraßen und Pilgerwege. Ganze Regionen profitierten davon. Die meisten Städte entstanden an Kreuzungen oder Flussübergängen. Als Friedrich der Große die in Frankreich verfolgten Hugenotten aufnahm, erlebte das unterentwickelte Preußen einen enormen Aufschwung. Auch genetisch ergaben sich positive Effekte.

Heute leben wir in einer sich rapide globalisierenden Welt. Alle bedrängenden und dringlichen Probleme scheren sich weder um natürliche Hindernisse (Gebirge, Flüsse, Ozeane, Wüsten), noch um künstliche wie Schlagbäume, Zäune oder Mauern. Was irgendwo geschieht, hat sofort und unmittelbar Auswirkungen überall. Eine Diktatur, ein Bürgerkrieg, eine Hungerkatastrophe, und Menschen setzen sich in Bewegung, fliehen aus akuter Lebensgefahr oder suchen eine Perspektive für sich und ihre Kinder.

Längst haben wir eine Welt-Innenpolitik. Es geht nur noch um die Frage: Ist sie vorausschauend und klug, oder ist sie blind, egomanisch und dumm? Alle Länder der Welt stehen vor Herausforderungen von Migration und Integration, auch die der westlichen, die sich lange für unzuständig hielten, obwohl gerade sie mit ihrer Kolonialpolitik und strategischen Interessen manche der Ursachen schufen.

Aber mit moralischen Kategorien kommt man nicht weit. Entscheidend ist die Suche nach pragmatischen Lösungen für überschaubare Teilprobleme. Der Fremde vor meiner Tür löst widerstreitende Gefühle aus. Diese schwanken zwischen Faszination und Angst. Selbstverständlich erwarten wir, dass er sich möglichst rasch an die hiesigen Sitten und Gebräuche anpasst. Gern vergessen wir, dass auch wir lernen und uns verändern müssen (dürfen). Integration ist ein wechselseitiger Kommunikationsprozess. Er kann gelingen, wenn die Signale richtig entziffert werden, und das werden sie, wenn man sich mit Respekt und wertschätzender Neugier begegnet. Er misslingt, wenn man den Fremden in Container und Ghettos entsorgt und ihn bei jedem Versuch scheitern lässt, sich eine selbstbestimmte und menschenwürdige Existenz zu schaffen.

Sozialpsychologen sind sich sicher: Jeder Mensch braucht eine eigene Identität. Die entsteht in der Familie, in der Nachbarschaft, in seinem Milieu, seiner Arbeitswelt. Und das heißt: Sie entsteht immer im Dialog mit anderen. Sie ist der Boden unter seinen Füßen und erlaubt ihm Schritte, manchmal Sprünge. Wird sie ihm beharrlich verwehrt, weicht er aus, z. B. in pseudoreligiöse Welterklärungen. Die fanatischen Prediger stehen bereit und helfen gern bei der Selbstvernichtung, die sie ihm als gottgewollte Heldentat verkaufen. Junge Männer sind besonders gefährdet.

Integration ist kein Luxus, den sich die Zivilgesellschaft erlaubt oder auch nicht. Sie ist eine Kernaufgabe dieses Jahrhunderts. Wer an ihr nicht scheitert, kann nur von ihr profitieren. Um sie ernst zu nehmen, braucht es keine altruistischen Gefühlswallungen. Es genügt, auf hohem Niveau Egoist zu sein.

Die hier vorgelegte Publikation stellt die Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie vor. Sie hat vielversprechende Ansätze in New York, Stockholm und Wien untersucht. Ihre Erkenntnisse sind auf das Ruhrgebiet übertragbar und versprechen spannende neue Impulse für die Integrationsarbeit vor Ort. ■

GERN VERGESSEN WIR, DASS
AUCH WIR LERNEN UND UNS
VERÄNDERN MÜSSEN (DÜRFEN).

VERANSTALTUNGSBERICHTE

ESSENER FORUM: „FUNDRAISING, VERNETZUNG, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT – ERFOLGSFAKTOREN DER PROJEKTARBEIT“ AM 31. AUGUST 2016

Die regelmäßig stattfindenden Essener Foren dienen dem Austausch mit Integrationspraktikern und der stetigen Rückkopplung der Projektergebnisse mit Erfahrungen aus der Praxis. Zum Thema „Fundraising, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit – Erfolgsfaktoren der Projektarbeit“ fand am 31. August 2016 ein Essener Forum statt, bei dem Praxisexperten gemeinsam mit dem Projektteam konkrete Erfahrungen und Herausforderungen in ihrer Projektarbeit diskutierten.



Bülent Arslan, Geschäftsführer des imap-Instituts für interkulturelle Beratung.



Beate Haverkamp, Geschäftsführerin des Conversio-Instituts und Expertin für Fundraising.



Dr. Jörg Ernst, freiberuflicher Fachreferent und Berater im Bereich institutioneller Netzwerke.



Mathias Klüver, geschäftsführender Inhaber der gleichnamigen PR-Beratung.

Bülent Arslan, Geschäftsführer der imap GmbH, einer Beratungsgesellschaft für kulturelle Veränderungsprozesse, forderte zu Beginn eine Ausweitung des Integrationsbegriffs. Bisher liege der Fokus zu sehr auf struktureller Integration, kulturelle Faktoren müssten jedoch zukünftig stärker berücksichtigt werden. Dieser Wandel müsse auch auf Organisationsebene vollzogen werden, um bestimmte

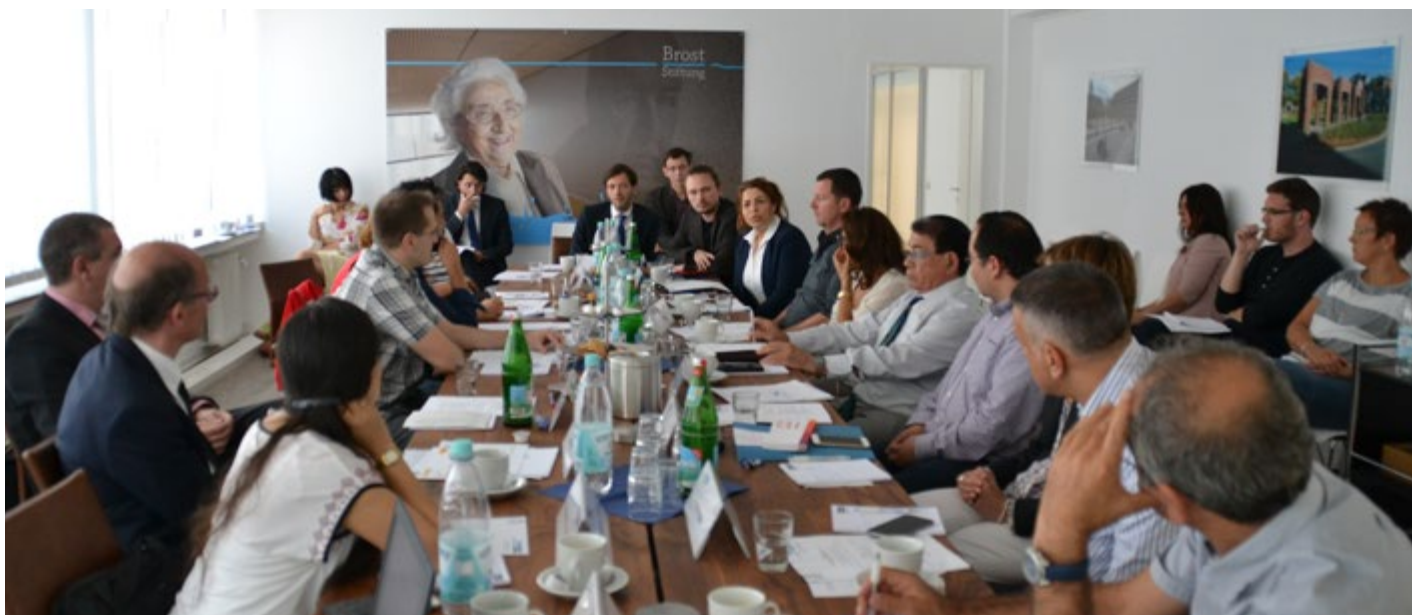
Zielgruppen ansprechen und erreichen zu können. Die Einwanderer und Migranten, so Bülent, kämen traditionell eher aus kollektivistischen Gemeinschaften und ließen sich besser durch persönliche Ansprache erreichen. Dies müsse stärker in integrationspolitischen Lösungsansätzen, aber auch in der Projektarbeit, verankert werden.

Im Folgenden berichteten Experten aus ihrer praktischen Erfahrung in zentralen Bereichen der operativen Projektarbeit. Zunächst betonte **Beate Haverkamp**, Geschäftsführerin des Conversio-Instituts und Expertin für Fundraising, dass der klassische Fehler im Fundraising, am Ende anzufangen und potentielle Spender ohne klares Ziel oder Konzept anzusprechen, immer wieder gemacht werde. Im Vorfeld müssten jedoch konkrete Analyseschritte erfolgen: Warum werden bestimmte Ziele verfolgt, wer könnten potentielle Spender mit Interesse am Thema sein und wie können Botschaft und Kommunikation an die Zielgruppe angepasst werden? Dies müsse geklärt werden, um erfolgreich Mittel und Spenden einzuwerben.

Dr. Jörg Ernst, freiberuflicher Fachreferent und Berater im Bereich institutioneller Netzwerke, stützte diese These. Auch für den Netzwerkaufbau sei es essentiell, sich im Vorfeld zu überlegen, welche konkreten Ziele mit dem Netzwerk verbunden seien, denn Aufbau und Unterhalt funktionierender Netzwerke erfordern oft einen beträchtlichen Ressourceneinsatz. Netzwerke, so Ernst, dürften dabei jedoch nicht als Einbahnstraße betrachtet werden, wer einem Netzwerk beitrete, dürfe nicht davon ausgehen zu profitieren ohne selber etwas beizusteuern.

Anschließend erläuterte **Mathias Klüver**, geschäftsführender Inhaber der gleichnamigen PR-Beratung, die Relevanz strategischer Kommunikation für einzelne Organisationen. Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit könne nur betrieben werden, wenn man sich des eigenen Profils bewusst sei. Darauf aufbauend müsse für eine professionelle Kommunikationsstrategie aus vielfältigen Optionen ausgewählt werden. Ein Flyer allein reiche in der Regel nicht, um auf sich und seine Arbeit aufmerksam zu machen. Zudem müsse der Erfolg der jeweiligen Aktionen im Nachgang evaluiert werden, um die Strategie gegebenenfalls anpassen zu können.

In der abschließenden Diskussion waren sich alle Teilnehmer einig, dass es kein Patentrezept gebe, in allen Bereichen müssten passgenaue Lösungen für die einzelnen Organisationen gefunden werden. **Dr. Karsten Jung**, Geschäftsführer der Bonner Akademie, betonte zum Ende der Veranstaltung, dass ein Vorgehen nach dem „one-size-fits-all“-Prinzip kaum zu Erfolg führen könne. Die Erfahrung der bisherigen Projektarbeit habe gezeigt, dass verschiedene Projekte und Initiativen ihre Stärken in unterschiedlichen Bereichen haben. Vor diesem Hintergrund können auch eine flexible Vernetzung und Erfahrungsaustausch wechselseitiges Lernen befördern. ■



Das Projektteam diskutiert mit Referenten, Projektpartnern und interessierten Integrationsexperten die Erfolgspotentiale der Integrationsarbeit.

PRÄSENTATION DES FORSCHUNGSPROjekTS AUF DEM BROST-STIFTUNGSTAG AM 8. SEPTEMBER 2016

Im Rahmen des diesjährigen Brost-Stiftungstags, der am 8. September 2016 im Erich-Brost-Pavillon auf der Zeche Zollverein in Essen stattfand, bot sich die Gelegenheit das Projekt einem breiteren Publikum zu präsentieren. Zudem hielt der Schirmherr des Projekts und Bundespräsident a.D. Christian Wulff eine Rede, in der er die aktuellen Herausforderungen skizzierte und im Anschluss auf dem Podium mit Projektpartnern und Integrationsexperten diskutierte.



Die Veranstaltung der Brost-Stiftung stieß auf großes Interesse beim Essener Publikum.

Christian Wulff unterstrich in seiner einführenden Rede die Bedeutung gelungener Integration gerade auch mit Blick auf die aktuellen Ereignisse im Kontext der Migrationsbewegung. Den Erwerb der deutschen Sprache, die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und ein Bekenntnis zum Grundgesetz charakterisierte er als essentiell für gelungene Integration. Auf der anderen Seite müsse die Mehrheitsgesellschaft aber auch Chancen eröffnen und mit Hilfe von Respekt und Wertschätzung ein Zugehörigkeitsgefühl schaffen. Damit definierte er Schlüsselbereiche, die auch in der Projektarbeit einen hohen Stellenwert einnehmen. Mit Blick auf die Migrationsbewegungen positionierte er sich darüber hinaus klar: Natürlich gebe es in den Herkunftsländern oftmals Probleme mit Dingen, die wir längst bewältigt haben, dennoch müssten wir aufhören so zu tun, als ob dieser Prozess bereits seit Jahrhunderten erfolgreich bei uns abgeschlossen sei.

Daran anschließend diskutierte Wulff auf dem Podium mit **Burak Yilmaz**, Gruppenleiter im Projekt Heroes, das sich gegen Unterdrückung im Namen der Ehre ausspricht und auch von der Bonner Akademie begleitet wird, und **Rainer Grün**, Ratsherr der Stadt Duisburg und Mitglied der Duisburger Alternativen Liste, der als Experte ebenfalls in die Projektarbeit eingebunden ist. Die Veranstaltung der Brost-Stiftung stieß auf großes Interesse beim Essener Publikum. Die Podiumsdiskussion zum Thema „Integration im Ruhrgebiet – Perspektiven einer vielfältigen Herausforderung“ wurde vom WDR-Journalist Dr. Jan Philipp Burgard moderiert. Yilmaz verdeutlichte im Rahmen der Diskussion, dass es noch immer große Zwiespalte zwischen der konservativen muslimischen Familie und der offenen Gesellschaft gebe, die vor allem für Jugendliche, die in der dritten und vierten Generation in Deutschland leben, problematisch sind und Identitätskonflikte begünstigen. Auch im Ruhrgebiet ist es daher

wichtig, dieser Herausforderung zu begegnen und eine Diskussionsplattform zu bieten, wie es das Heroes-Projekt in Duisburg bereits tut. Grün erörterte mit Blick auf die ruhrgebietsspezifischen Herausforderungen die EU-Osterweiterung. Der Stadt Duisburg fehle es an Geld um die Anforderungen zu bewältigen und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken. Gerade hier, so Wulff, können Stiftungen einen wertvollen Beitrag leisten, jedoch ohne die öffentliche Hand zu ersetzen.

Insgesamt veranschaulichte die Debatte, dass es zwar noch einige Baustellen im Ruhrgebiet gibt, jedoch bereits vielversprechende Ansätze existieren, die den Integrationsprozess positiv vorantreiben und ausgebaut werden sollten. Diesem Fokus bleibt das Forschungsprojekt dementsprechend auch weiterhin verpflichtet. ■



Prof. Bodo Hombach erläuterte die ruhrgebietsspezifischen Herausforderungen.



Christian Wulff (r.) und Dr. Jan Philipp Burgard (l.) in der Diskussion um die konkreten Herausforderungen durch Flüchtlingsbewegung und Rechtspopulismus.



Mit großem Interesse folgten die hochkarätigen Gäste der Rede von Christian Wulff.



Christian Wulff aktualisierte seine These "Der Islam gehört zu Deutschland" auch in Essen.

ESSENER FORUM: DAS QUARTIER: INTEGRATIONSMOTOR UND QUELLE SOZIALEN ENGAGEMENTS?“ AM 6. OKTOBER 2016

Am 6. Oktober 2016 fand ein gemeinsamer Workshop des Forschungsprojekts der Bonner Akademie mit dem Projekt „Soziales Engagement im Ruhrgebiet – Zum Aufbau neuer Strukturen zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik“ der Ruhr-Universität Bochum statt. Zum Thema „Das Quartier: Integrationsmotor und Quelle sozialen Engagements?“ diskutierten die Mitarbeiter der beiden von der Brost-Stiftung geförderten Projekte gemeinsam mit Wissenschaftlern und Praktikern Handlungsfelder und -Optionen an der Schnittstelle von Quartiersstrukturen und Integrationsarbeit.

Nach einer kurzen Vorstellung des Forschungsprojekts „Soziales Engagement im Ruhrgebiet – Zum Aufbau neuer Strukturen zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik“ durch den Projektleiter **Prof. Dr. Rolf Heinze** ordnete **Dr. Rudolf Speth**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) das laufende Projekt in die aktuellen Engagement-Diskurse ein. Dabei erläuterte er auch die positiven Auswirkungen von zivilgesellschaftlichem Engagement auf Integration im Kontext der aktuellen Migrationsbewegung. Der Flüchtlingsstrom habe zur Etablierung neuer und offener Engagement-Strukturen geführt, von der auch die eher traditionell ausgerichtete Verwaltung im Moment sehr profitiere.

Prof. Dr. Volker Kronenberg, Projektleiter und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats, und **Dr. Karsten Jung**, Geschäftsführer der Bonner Akademie, stellten anschließend erste Ergebnisse des Forschungsprojekts „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ vor. **Prof. Dr. Karin Hummel**, Professorin für Ökonomie an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, kommentierte im Nachgang Forschungsansatz und Methodik des Projekts aus einer ökonomischen Perspektive. Dabei betonte sie, dass ein ressourcenzentrierter Ansatz auch mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Kosten und die Wohlfahrtsproduktion gewinnbringender sei als die



Hermann Schaaf, professioneller Organizer bei der Evangelischen Gemeinde zu Düren.

noch zu oft vorherrschende Defizitorientierung in der Integrationsarbeit.

Hermann Schaaf, professioneller Organizer bei der Evangelischen Gemeinde zu Düren, führte anschließend in die Idee des Community Organizing ein. Das aus den USA stammende Konzept ermögliche es, Quartiere über ethnische und soziale Grenzen hinweg zu organisieren, indem man gemeinsame Anliegen identifiziere und verfolge. Langfristig, so Schaaf, könne sich so eine mächtige Organisation entwickeln, die auch auf politische Entscheidungsträger einwirken könne.

Emily Drawing, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Landesbüros altengerechte Quartiere.NRW, stellte darauf folgende Ansätze vor, die es Senioren ermöglichen,

möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben zu können. Dazu zählen haushaltsnahe Versorgungsmöglichkeiten oder wohnortnahe Prävention, aber auch Beteiligung und Gemeinschaftsgefühl. Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund, so Drawing, bedürfe es jedoch weiterer innovativer Anspracheinstrumente, die die unterschiedlichen Bedürfnisse adressieren und mögliche Sprachdefizite kompensieren könnten.

In der abschließenden Diskussion waren sich alle Teilnehmer einig, dass effektives Quartiersmanagement sich sehr positiv auf die Integration im Stadtteil auswirken könne. Dennoch müsse man weiterhin an neuen und innovativen Ansätzen arbeiten und eine gewisse Offenheit, z.B. mit Blick auf die Rolle von Digitalisierung und neuen Vernetzungsmöglichkeiten, beibehalten. ■



Emily Drawing, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Landesbüros altengerechte Quartiere.NRW.



Prof. Dr. Karin Hummel, Professorin für Ökonomie an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.



Die Synergieeffekte zwischen beiden Brost-geförderten Forschungsprojekten sollen auch im Rahmen weiterer Veranstaltungen aufgegriffen und mit Experten diskutiert werden.



Dr. Rudolf Speth, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (I.) und Prof. Dr. Rolf Heinze, Projektleiter des Forschungsprojekts der Ruhr-Universität Bochum (r.).

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „WIE WIR LEBEN WOLLEN – WERTE, KULTUR UND TRADITIONEN IM EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND“ AM 18. OKTOBER 2016

Über die Frage, „Wie wir leben wollen – Werte, Kultur und Traditionen im Einwanderungsland Deutschland“ referierte der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Bassam Tibi am 18. Oktober in Bonn. Auf dem Podium diskutierte er im Anschluss mit Prof. Dr. Marina Münkler, Professorin für Ältere und frühneuzeitliche Literatur und Kultur an der Technischen Universität Dresden, und Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Aslı Sevindim, WDR, übernahm die Moderation des Abends.



Die Podiumsdiskussion, die von Aslı Sevindim (M.I.), WDR, moderiert wurde, stieß auf großes Interesse beim Bonner Publikum.

In seiner einführenden Rede betonte **Prof. Dr. Bassam Tibi**, dass es, wenn Menschen verschiedener Kulturen konfliktfrei zusammenleben wollen, einer ‚Hausordnung‘ bedürfe, an der sich alle Bürger gleichermaßen orientieren müssten. Dazu zählten, führte Tibi aus, bestimmte Normen und Werte, die von allen geteilt

werden und die gleichzeitig unverhandelbar seien – etwa die Gleichheit der Geschlechter. Mit Blick auf die in Europa lebenden Muslime sagte er, dass diese sich eine europäische Version des Islams aneignen müssten, denn die zentrale Frage sei nicht, wieviel Islam Europa verkrachte, sondern vielmehr welche Form des Islams?



Prof. Dr. Bassam Tibi, emeritierter Professor für Politikwissenschaft der Universität Göttingen, prägte den Begriff der europäischen Leitkultur.



Prof. Dr. Marina Münkler, Professorin für Ältere und frühneuzeitliche Literatur und Kultur an der Technischen Universität Dresden und Autorin des Buchs „Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft“.



Prof. Dr. Werner J. Patzelt, Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und PEGIDA-Experte.

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion hinterfragte **Prof. Dr. Marina Münkler**, Autorin des Buchs „Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft“, den von Prof. Tibi geprägten Begriff der Leitkultur. Dieser sei nur schwer mit Inhalt zu füllen und oftmals zu anspruchsvoll, sodass er nicht einmal für alle Teile der deutschen Gesellschaft verbindlich wirke. Wichtiger seien eine Gesellschaftsstruktur, die Anerkennung nicht aufgrund von Herkunft versage, und ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Grundgesetz. Darüber hinaus müssten Religion und Lebensführung Privatsache des Einzelnen sein.

Prof. Dr. Werner Patzelt, Autor des Buchs „PEGIDA: Warnsignale aus Dresden“, hingegen versteht den Begriff der Leitkultur als Maximum der Integration. Folglich könne er auch kaum zu anspruchsvoll definiert werden. Zum ‚Deutsch-Sein‘ zählten nicht nur Basiswerte, sondern auch deutsches Kulturgut wie Musik und Dichtung. Zugespitzt, so Patzelt, reiche das Spektrum von dem Bekenntnis zur Mülltrennung bis hin zur Verantwortung über die Lehren aus dem Holocaust.

Der Verlauf der Debatte machte deutlich, dass die Frage, wie wir leben wollen, nur sehr individuell beantwortet werden kann. Bestimmte Basiswerte, in diesem Punkt waren sich die Diskutanten einig, seien essentiell für ein funktionierendes Miteinander. Welche Normen, Traditionen und Werte allerdings dazu gehören, wird wohl zukünftig – auch in der Bonner Akademie – weiterhin diskutiert werden. ■

BONNER FORUM: „MIGRANTENORGANISATIONEN IN DER INTEGRATIONSARBEIT – ZWISCHEN COMMUNITY, KOMMUNE UND VERWALTUNG“ AM 15. NOVEMBER 2016

Dem regelmäßigen Austausch mit Wissenschaftlern dienen die Bonner Foren, die das praxisorientierte Projekt um externe wissenschaftliche Expertise bereichern und als Diskussionsplattform zwischen Theorie und Praxis fungieren. Zu diesem Zweck diskutierten am 15. November Experten aus Wissenschaft und Praxis beim Bonner Forum zum Thema „Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit – Zwischen Community, Kommune und Verwaltung“ über die Potenziale migrantischer Selbstorganisationen in der Integrationsarbeit. Im Fokus stand dabei die – auch in Politik und Medien immer wieder diskutierte – Frage nach den Bedingungen, unter denen die Migrantenorganisationen ihre wichtige integrationsfördernde Funktion erfüllen können.



Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats und Projektleiter führte in die Thematik ein.



Dr. Uwe Hunger, Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Migrationsexperte.

In der Einführung unterstrichen **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats, und **Dr. Karsten Jung**, Geschäftsführer der Bonner Akademie, die Relevanz des Themas. Migrantenorganisationen könnten in der Integrationsarbeit eine wichtige Rolle spielen, erreichten sie doch die Zielgruppe in der Regel deutlich erfolgreicher als etablierte Träger der Wohlfahrtspflege. Dafür müssten sie jedoch auch mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Daran anschließend erläuterte **Dr. Uwe Hunger**, Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Migrationsexperte, die gesellschaftliche Bedeutung von Migrantenorganisationen. Diese spielten als Institutionen der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle für den Meinungsbildungsprozess und die Orientierung – gerade von Migranten – und könnten dementsprechend einen wertvollen Beitrag leisten. Die Hoffnung auf eine Kooperation der Migrantenvereine mit etablierten Trägern sei jedoch auf Grund des unterschiedlichen Professionalisierungsgrads nicht immer berechtigt, sodass es auch zu Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit kommen könne.

Die Brückenfunktion von Migrantenorganisationen betonte **Ramona Daum**, stellvertretende Referatsleiterin „Zusammenhalt in Vielfalt, Teilhabe von Migranten-selbstorganisationen“ im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS). Auch deshalb habe die Förderung von Migrantenorganisationen als eigenständige Akteure der Integrationsarbeit eine lange Tradition in NRW. Jährlich vergebe das MAIS ein Gesamtvolumen von einer Million Euro zur Förderung dieses Bereichs. Die unterschiedlichen Programme seien dabei an den Professionalisierungsgrad der jeweiligen Organisation angepasst und reichten von einer Anschubfinanzierung bis hin zu Qualifizierungs- und Vernetzungsmaßnahmen. So bestünde auch für kleinere und weniger etablierte Organisationen durchaus die Chance, durch das Land gefördert zu werden.

Von seinen praktischen Erfahrungen bei der Gründung und Etablierung einer Migrantenorganisation berichtete **Kenan Küçük**, Geschäftsführer des Multikulturellen Forums e.V. sowie Landes- und Bundessprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Das Multikulturelle Forum gilt als Erfolgsbeispiel und verfügt mittlerweile

über 120 hauptamtliche Mitarbeiter an 7 Standorten. Die Schwerpunkte der Arbeit reichen dabei von Beratung über Weiterbildung bis hin arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Dennoch, so Küçük, würden Migrantenorganisationen bisher noch nicht ausreichend unterstützt. Obwohl das Land NRW und auch der Bund sehr engagiert seien, könnten die Summen, die zur Förderung ausgegeben werden, deutlich größer sein. Gleichzeitig müsse sich jedoch auch jede Migrantenorganisation überlegen, ob sie den Weg zur Professionalisierung und zum Dienstleister wirklich gehen wolle.

In der anschließenden Diskussion betonten die Teilnehmer, dass Land und Kommunen sich noch stärker, vor

Ort engagieren sollten, damit Migrantenorganisationen die ihnen zugeschriebene Rolle auch erfüllen könnten. Zudem müssten sich auch die etablierten Wohlfahrtsverbände und Anbieter interkulturell öffnen und auf Augenhöhe mit den Migrantenorganisationen zusammenarbeiten. Bisher würden die vorhandenen Mittel nur ungenutzte mit neuen Akteuren geteilt, der Faktor ‚Fordern‘ werde oftmals stärker gemacht als das ‚Fördern‘. Prof. Dr. Volker Kronenberg fasste abschließend zusammen, dass die Wahrheit wohl in der Mitte liege: Eine Revolution im Bereich der Integrationspolitik sei nicht zu erwarten, sodass sowohl die Migrantenorganisationen sich ein Stück weit an die deutschen Strukturen anpassen, als auch der Staat seine Förderpraxis zukünftig noch schärfen müssten. ■



Ramona Daum, stellvertretende Referatsleiterin „Zusammenhalt in Vielfalt, Teilhabe von Migrantenselbstorganisationen“ im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS).



Kenan Küçük, Geschäftsführer des Multikulturellen Forums e.V. sowie Landes- und Bundessprecher des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.



Die regelmäßig stattfindenden akademischen Diskussionsforen bereichern das Projekt um die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

DIE GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON MIGRANTENVEREINEN IN DER INTEGRATIONSARBEIT



Dr. Uwe Hunger

Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft
an der Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster und Vertreter der Professur für
Deutsche und Europäische Sozialpolitik und
vergleichende Politikwissenschaft

1. GRUNDÜBERLEGUNGEN

Während Vereine gemeinhin als „Schule der Demokratie“ gepriesen und gefördert werden, gilt dies für sog. „Migrantenvereine“ nicht uneingeschränkt. Sie werden nach wie vor von vielen Seiten kritisch beäugt und sehen sich hier und da dem Verdacht ausgesetzt, eine eher negative Wirkung auf den Integrationsprozess zu haben. Das Engagement in einem „eigenethnischen Verein“ führe dazu, dass Zuwandernde vor allem Interaktionen innerhalb ihrer eigenen Gruppe hätten und weniger mit der Aufnahmegesellschaft in Kontakt kämen. Gerade auch im Hinblick auf die Hinwendung zum Herkunftsland wird das Engagement bis heute kritisch gesehen. Je vollständiger das Netz ethnischer Institutionen, desto größer sei sogar die Gefahr, dass sich Einwandernde mit den eigenen Ressourcen begnügen würden und eine „Parallelgesellschaft“ entstehe.¹

Interessant ist bei der Diskussion jedoch, dass diese Bedenken vor allem im deutschen bzw. kontinental-europäischen Kontext eine Rolle spielen.² Blickt man etwa in Länder wie die USA oder in Europa nach Großbritannien, so ist die Rolle von Migrantenvereinen im Leben von Zuwanderern viel selbstverständlicher. Studien zeigen hier immer wieder, dass der Organisationsgrad von Migrantinnen und Migranten in diesen Ländern deutlich höher ist und diese Organisationen eine größere Rolle sowohl im täglichen Leben der Migrantinnen und Migranten als auch im öffentlichen Leben der Aufnahmegesellschaft spielen. Deutlich

wird dies vor allem im Bereich des Wohnens, wo es insbesondere in den USA stark segregierte Wohnviertel gibt (man denke an die vielen China towns, little Indias, little Italies etc.), die unhinterfragt zur amerikanischen Realität zählen, während eine vergleichsweise schwache Tendenz zur (Wohn-)Segregation in Deutschland dagegen äußerst kritisch gesehen wird (vgl. etwa auch die aktuelle Diskussion zur „Wohnsitzauflage“).

Die Unterschiede in der gesellschaftlichen Rolle von Migrantenvereinen in den verschiedenen Ländern können mit der verschiedenen großen Rolle der Wohlfahrtsstaaten in den verschiedenen Ländern erklärt werden. Überall dort, wo in liberalen Staaten keine Dienstleistungen angeboten und insbesondere keine Leistungen für Einwandernde erbracht werden (kein sozialer Wohnungsbau, keine öffentliche Gesundheitsversorgung etc.), sind die Einwanderer gezwungen, sich selbst zu organisieren und diese Dienstleistungen für ihre Gruppe selbst zu erbringen, angefangen bei der Wohnungssuche bis hin zur Arbeitsmarktintegration. Je kleiner der staatlich-öffentliche Bereich einer Gesellschaft, der auch für Einwandernde offen steht, desto einflussreicher die Institutionen der Migrantinnen und Migranten.³ Dies lässt sich auch am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nachzeichnen: Überall dort, wo der staatliche Einfluss gering oder unzureichend war, haben sich auch in Deutschland Migrantenvereine gebildet.

2. BEDEUTUNG IN VERSCHIEDENEN GESELLSCHAFTSBEREICHEN

Unmittelbar einleuchtend ist in diesem Zusammenhang die Entstehung von religiösen, insbesondere muslimischen Organisationen von Einwandernden in der Bundesrepublik Deutschland, schließlich gab es eine entsprechende religiöse Infrastruktur für Muslime vor der Einwanderung im Zuge der Anwerbepolitik noch nicht. Entsprechend haben sich im Laufe der Jahrzehnte viele Moscheevereine in Deutschland gebildet, um ihren Mitgliedern eine religiöse Heimstätte zu geben. Da die Bundesrepublik Deutschland sich über Jahrzehnte nicht als Einwanderungsland verstand, wurde diese Vereinsbildung vom Staat nicht weiter beachtet bzw. unterstützt oder begleitet, so dass vielfach auch ausländische Staaten sich der Moscheevereine ihrer Landsleute im Ausland annahmen und sie auch finanziell förderten. Gleiches gilt auch für die vielen Kultur- und Sozialvereine (sog. „Gastarbeitervereine“), die sich ebenfalls zu Tausenden bildeten, nicht zuletzt auch deswegen, weil es keine gezielte Integrationspolitik des Staates gab, sondern nur eine Sozialbetreuung durch die Wohlfahrtsverbände.⁴

Auch die Bildung von Selbstorganisationen in anderen gesellschaftlichen Bereichen kann in vielen Fällen als Reaktion auf fehlende staatliche Angebote bzw. einen Ausschluss aus der bestehenden Infrastruktur gesehen werden. So haben sich viele Elternvereine im Bildungsbereich vor allem deswegen gebildet, weil sie sich zu wenig vom deutschen Staat bei der Ausbildung ihrer Kinder in Deutschland unterstützt fühlten. Als Paradebeispiel können hier die Elternvereine spanischer Einwanderer gesehen werden, die sich schon früh im Einwanderungsprozess gegen die segregierende Beschulungspolitik der deutschen Bundesländer gegenüber ausländischen Schülern zur Wehr gesetzt und sich für eine Integration in die deutsche Regelschule eingesetzt hatten. Durch ihr Engagement wurden spanische Schülerinnen und Schüler von Beginn an stärker gefördert als andere Gruppen (inkl. einer Hausaufgabenbetreuung) und heute bestehen in Bezug auf die Schulabschlüsse kaum noch Unterschiede zu deutschen Schülerinnen und Schülern. Zum Zeitpunkt der Gründung der ersten Elternvereine blieben noch zwei Drittel der spanischen Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss und ohne berufliche Ausbildung.⁵

Neben den Migrantenvereinen in der Bildungsarbeit (Elternvereine, Schulträgervereine), bildeten sich

auch Selbstorganisationen in der Jugendarbeit (etwa Sport- und Pfadfindervereine), im Gesundheitsbereich (die z.B. eine deutsch-türkische Rückenmarksspenderdatenbank aufgebaut haben, weil die bestehende deutsche Datenbank nicht genügend Spender für türkeistämmige Zuwanderer umfasste), in der Politik (die etwa beim Integrationsgipfel oder bei an der deutschen Islamkonferenz teilnehmen), in der Wirtschaft (wo migrantische Unternehmen mehr und mehr als Ausbildungsbetriebe anerkannt werden) oder in der Entwicklungszusammenarbeit (wo z.B. migrantische Ärztevereine wichtige Hilfslieferungen in Krisengebieten organisieren oder ganze Therapiebereiche, etwa in der Trauma-Therapie, in den Herkunftsländern aufbauen). Mit der zunehmenden Verstärkung der Einwanderung kam es zu einer immer weiteren Ausdifferenzierung, so dass Migrantenorganisationen inzwischen mehr oder weniger zu einem festen Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland geworden sind.

VIELE ELTERNVEREINE HABEN SICH IM BILDUNGSBEREICH VOR ALLEM DESWEGEN GEBILDET, WEIL SIE SICH ZU WENIG VOM DEUTSCHEN STAAT BEI DER AUSBILDUNG IHRER KINDER IN DEUTSCHLAND UNTERSTÜTZT FÜHLTEN.

3. AKTUELLE TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN

Inzwischen hat sich die Einschätzung der Rolle von Migrantenorganisationen auch in der Wissenschaft und in der Politik verändert. Ihre wichtige Rolle wird nicht nur in der ersten Phase der Einwanderung anerkannt, wo sie Sicherheit und Orientierung geben und als Vermittler von wichtigem Alltagswissen fungieren, sondern auch ihre vielfältige Arbeit – von der Sozial- und Bildungsarbeit bis zur politischen Interessenvertretung – im späteren Integrationsprozess wird mehr und mehr gewürdigt.⁶ So gibt es inzwischen eine Regelförderung des BAMF für ausgewählte Migrantenorgani-

sationen auf Bundesebene. Einzelne Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, haben Förderprogramme eingeführt, in denen speziell Projekte von Migrantenvereinen gefördert werden, und Kommunen nehmen Migrantenvereine immer mehr als Partner ihrer Arbeit wahr, vor allem dort, wo infolge von Kürzungen der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitigen sozialen Problemlagen ohnehin viele Aufgaben von privaten Trägern und Vereinen übernommen werden.

„DIE WICHTIGE ROLLE VON MIGRANTENORGANISATIONEN WIRD NICHT NUR IN DER ERSTEN PHASE DER EINWANDERUNG ANERKANNT, WO SIE SICHERHEIT UND ORIENTIERUNG GEBEN UND ALS VERMITTLER VON WICHTIGEM ALLTAGSWISSEN FUNGIEREN, SONDERN AUCH IHRE VIELFÄLTIGE ARBEIT IM SPÄTEREN INTEGRATIONSPROZESS WIRD MEHR UND MEHR GEWÜRDIGT.“

Dennoch kann von einer echten Anerkennung der Arbeit von Migrantenvereinen noch nicht die Rede sein. So handelt es sich bei den meisten Förderprogramme noch um Pilotprojekte, und in vielen Fällen sind die zur Verfügung gestellten Projektgelder im Verhältnis zur Förderung von nicht-migrantischen Organisationen gering. Zudem bestehen immer noch große Hürden im Zugang zur öffentlichen (Förder-)Infrastruktur. Auch in der praktischen Arbeit von und mit Migrantenvereinen gibt es noch viele Hürden zu überwinden. Zumeist ehrenamtlich arbeitende Migrantenvereine stehen oftmals hoch professionellen, etablierten Trägern als Kooperationspartner gegenüber, so dass eine Kooperation auf „Augenhöhe“ nur in den seltensten Fällen stattfindet.⁷ Die hohen Erwartungen, die inzwischen an die Migrantenorganisationen herangetragen werden, münden angesichts der geringen finanziellen Unterstützung nicht selten in einer Überforderung der Vereine, die Frustrationen auf beiden Seiten nach sich zieht.

Will man nicht die Fehler aus der Vergangenheit wiederholen, sollte angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Integrationsarbeit von Beginn an eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Migrantenvereinen vorherrschen. Will man sie aktiv in den Integrationsprozess einbeziehen, bedarf es auch einer entsprechenden Förderung nicht nur einzelner Projekte, sondern auch der Strukturen. Lässt man sie (wie früher) links liegen, werden sie wahrscheinlich dennoch aktiv werden bzw. bleiben, möglicherweise dann aber auch mit Hilfe aus dem Herkunftsland oder anderen Quellen, und es kommt eher zu Segregationsprozessen (siehe auch USA). Das Abstimmen gemeinsamer Ziele und auch des Weges dorthin fällt unter diesen Voraussetzungen weitaus schwerer. Da Migrantenvereine aufgrund der besonderen Situation in der Migration für die Mitglieder ihrer Community nach wie vor eine herausgehobene Stellung besitzen, ist die Frage des Umgangs mit Migrantenvereinen daher auch immer eine Frage, wie sich die Mitglieder der Vereine in Zukunft orientieren und sich die Gesellschaft insgesamt zukünftig entwickeln wird. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Siehe zum Beispiel: Esser, Hartmut: *Ethnische Kolonien: „Binnenintegration“ oder gesellschaftliche Integration?* In: Jürgen Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.): *Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*, Mannheim 1986. S. 106-117; Kalter, Frank: *Chancen, Fouls und Abseitsfallen. Migranten im deutschen Ligenfußball*. Opladen, 2003.
- ² Vgl. bereits: Koopmans, Ruud; Statham, Paul: *Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany*, WZB-working paper, Berlin 1998.
- ³ Hunger, Uwe: *Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland*. Münster, Osnabrück 2004. Online verfügbar unter http://www.pro-qualifizierung.de/data/034_imis_mso.pdf.
- ⁴ Für eine Gesamtübersicht vgl. Hunger, Uwe: *Ausländische Vereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters*. In: Karin Weiss; Dietrich Thränhardt (Hg.): *Selbst-Hilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen*, Freiburg i. Br.: Lambertus-Verlag 2005, S. 221-244; Bade, Klaus J.: *Integration und Politik. Aus der Geschichte lernen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 40-41/2006, S. 3-6; Puskeppeleit, Jürgen; Thränhardt, Dietrich: *Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger*. Freiburg: Lambertus-Verlag 1990.
- ⁵ Thränhardt, Dietrich: *Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse*. In: Ders.; Uwe Hunger (Hg.): *Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, Münster: Lit-Verlag 2000. S. 15-51.

⁶ Vgl. bereits: Elwert, Georg: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 34/ 1982. S. 717-734; Vgl. Thränhardt, Dietrich: Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse. In: Ders.; Hunger, Uwe (Hg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Münster: Lit-Verlag 2000. S. 15-51; Pries, Ludger: (Grenzüberschreitende) MO als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Befunde. In: Ludger Pries; Zeynep Sezgin (Hg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzüberspannende MO. Wiesbaden: VS-Verlag 2010, S. 15-60.

⁷ Hunger, Uwe; Metzger, Stefan: Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg 2011. Online verfügbar unter <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/2011kooperationmigrantenorganisationen.html> (unter Mitarbeit von Bostancı, Seyran).-



Ein Beispiel für migrantische Selbstorganisation: Die Begegnungsstätte der Merkez-Moschee in Duisburg.

INTEGRATION DURCH COMMUNITY-BASIERTE ORGANISATIONEN: WIE DEUTSCHLAND VON DEN AMERIKANISCHEN ERFAHRUNGEN PROFITIEREN KANN



Christina Chang

Ehemalige Immigration Policy Managerin bei der New York Immigration Coalition (NYIC) und Studierende im Masterprogramm Public Policy Hertie School of Governance in Berlin

EINFÜHRUNG

Migration und gewaltsame Vertreibung nehmen in unserer globalisierten Welt stetig zu und prägen diese nachhaltig: Im Jahr 2015 nahm Deutschland knapp eine Million Flüchtlinge auf – so viele wie nie zuvor. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts leben damit inzwischen 11,5 Mio. Zuwanderer in Deutschland. Berücksichtigt man auch die Nachkommen von Migranten haben inzwischen 21% der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund.¹

Für Aufnahmestaaten wie Deutschland führt Zuwanderung zu einem neuen sozialen Risiko für den Wohlfahrtsstaat, gleichzeitig kann sie sich jedoch auch positiv auf die demographische, wirtschaftliche und politische Entwicklung auswirken, wenn sie durch die entsprechenden Maßnahmen unterstützt wird. Auch deshalb ist die Integration von Einwanderern und ihren Kindern ein zentrales Thema der Politik. Doch was verstehen wir unter Integration? Koser beschreibt Integration als Prozess, mit dem ethnische Minderheiten sowohl als Einzelpersonen als auch als Gruppe in der Gesellschaft akzeptiert werden.² Die Weltkommission für internationale Migration definiert Integration als „einen langfristigen und vielschichtigen Prozess, der

ein Engagement sowohl seitens der eingewanderten als auch nichteingewanderten Mitglieder der Gesellschaft erfordert, damit diese sich gegenseitig respektieren, aneinander anpassen und befähigt werden, auf positive und friedliche Weise miteinander zu interagieren“.³

Derzeit hinkt Deutschland hinter traditionellen Einwanderungsländern wie den USA hinterher, was die Integration der Einwanderer und ihrer Kinder betrifft.⁴ Dieser Artikel befasst sich deshalb mit den US-amerikanischen Erfahrungen mit Community-basierten Organisationen (CBOs), die von Einwanderern initiiert und geleitet werden. Dabei werden sowohl die potenziellen Herausforderungen für Deutschland bei der Förderung von CBOs analysiert, als auch die möglichen positiven Auswirkungen auf die Integration der zugewanderten Menschen untersucht.

COMMUNITY-BASIERTE ORGANISATIONEN UND DIE INTEGRATION VON EINWANDERERN

Als New Yorker Immigration Policy Managerin für die Rechte von Einwanderern, die nun in Berlin lebt, ist für

mich besonders auffällig, dass es an CBOs, die am öffentlichen Diskurs über Integration in Deutschland teilnehmen, mangelt. In den USA haben CBOs, die aus dem Engagement von Migranten selbst entstanden sind, eine Schlüsselfunktion für Integration.⁵ Die amerikanischen CBOs bieten den unterschiedlichen Communities zunächst Unterstützung bei zahlreichen Sozialdienstleistungen, etwa bei Unterkunft- und Ausbildungssuche, Gesundheitsfürsorge oder Integration in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stellen CBOs selbst Sozialangebote bereit, die durch kulturell kompetente Personen mit entsprechenden Sprachkenntnissen durchgeführt werden.

CBOs informieren die Einwanderer zudem über ihre Rechte und helfen dabei, sich in komplexen Bürokratien zurechtzufinden. Unbestritten sind sie am geeignetsten, die komplexen, vielschichtigen Herausforderungen zu identifizieren und zu adressieren, denen verschiedene ethnische, sprachliche und religiöse Gruppen etwa beim Zugang zu (staatlichen) Dienstleistungen gegenüberstehen.⁶ Der folgende Auszug aus einem Interview, das im Rahmen einer Evaluation der CBO-Aktivitäten im Gesundheitsbereich durchgeführt wurde, verdeutlicht die essentielle Bedeutung von CBOs für das Leben der Einwanderer:⁷

Ich habe jahrelang ohne Krankenversicherung gelebt. Dann, im April dieses Jahres, habe ich einen Antrag bei Medicare (öffentliche Krankenversicherung in den USA, A.d.Ü.) gestellt, der zuerst abgelehnt wurde. Ich habe mich an die Leute bei [der CBO] gewendet und sie haben mir mit dem Papierkram geholfen. Sie haben auch ein paar Anrufe getätigt und am Ende wurde mein Antrag angenommen. Ich habe viele gesundheitliche Probleme und brauche unbedingt eine Krankenversicherung. Vor einigen Jahren wurde bei mir Eierstockkrebs diagnostiziert und mir wurde in einer Notoperation die Gebärmutter entfernt. Es kamen viele Arztrechnungen und das hörte erst auf, als die Leute [der CBO] das Krankenhaus angerufen haben. Zum Zeitpunkt der Operation hatte ich keine Krankenversicherung. — Jovana, CBO-Klientin

Darüber hinaus können von Migranten geführte CBOs schneller neue Bedürfnisse erkennen und diese an-

gemessen adressieren – dabei bringen sie auch das entsprechende Engagement mit. Direkt nach der Wahl Donald J. Trumps zum US-Präsidenten häuften sich die Berichte über rassistisch motivierte Verbrechen und verbale Angriffe, viele richteten sich explizit gegen Muslime und Einwanderer. Sogar in New York City wurde eine muslimische Studentin, die ein Kopftuch trug, in der U-Bahn auf dem Weg zum College Opfer verbaler und physischer Drohungen. Als sie eine etablierte und ihr vertraute CBO – die Arab American Association of New York (AAANY) – um Hilfe bat, initiierte diese mithilfe sozialer Medien ein Freiwilligenprojekt. In weniger als vier Tagen meldeten sich mehr als 6.000 New Yorker, die bereit waren, einen Nachbarn, der sich durch die Vorkommnisse nach der Wahl auf seinem Arbeitsweg unsicher fühlte, nach Hause zu begleiten.

Nicht zuletzt sind CBOs durch ihren Fokus auf die Perspektiven und Gewohnheiten der Einwanderer auch Orte zur Gemeinschaftsbildung. Emejulu und Scanlon beschreiben diese Gemeinschaftsbildung als „politischen und sozialen Prozess der Aufklärung und Ermächtigung mit dem Ziel, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit für Randgruppen zu erreichen“.⁸ Das heißt, dass CBOs die sozialen und politischen Rechte der Migranten fördern und sich für ein inklusiveres Verständnis sozialer Staatsbürgerschaft einsetzen. T.H. Marshall beschrieb diese Vision der inklusiven gesellschaftlichen Teilhabe zuerst als das Recht „über ein Mindestmaß an wirtschaftlichem Wohlstand und Sicherheit hinaus auch vollumfänglich am kulturellen Erbe teilzuhaben und das Leben eines zivilisierten Menschen gemäß der gesellschaftlich herrschenden Standards führen zu können.“⁹

Durch Migranten initiierte und geleitete CBOs haben die sozialen und politischen Rechte von Einwanderern in den USA nachhaltig verbessert, indem sie ihre Communities dabei unterstützt haben, sich zu organisieren. Neben Kampagnen, die die Wahlbeteiligung der Einwanderer erhöhen sollen, tragen CBOs auch dazu bei, Führungspersonlichkeiten aus den Communities zu fördern, (politische) Kampagnen zu initiieren und Communities öffentlichkeitswirksam zu mobilisieren. Ein schon häufig angeführtes und bekanntes Beispiel für die Durchschlagkraft organisierter Aktionen sind die Massendemonstrationen, die am 1. Mai 2006 USA-weit in mehr als 100 Städten stattfanden.¹⁰ Einwanderer und ihre Unterstützer protestierten gegen die Einführung von Maßnahmen im Kongress, die sich explizit gegen Einwanderer richteten. Diese beinhalteten ein Gesetz, das jeden, der Migranten ohne Papiere z.B. bei

Sozialdienstleistungen, Gesundheitsfürsorge, Unterkunft- oder Arbeitssuche berät, unter strafrechtliche Verfolgung gestellt hätte. Bei den als „A day without immigrants“ bekannt gewordenen Demonstrationen handelte es sich um die größte Massenmobilisierung in den USA seit dem Vietnamkrieg. Die Proteste zielten darauf, den wichtigen Beitrag der Migranten für die amerikanische Wirtschaft zu verdeutlichen.¹¹ Der Gesetzesentwurf wurde daraufhin mit einer soliden Mehrheit abgelehnt.

Viele Beobachter zeigten sich überrascht von Größe und Ausmaß der Demonstrationen und werteten diese als spontanen Frustausbruch der Migranten. Die einzigartige Beteiligung war jedoch zum großen Teil Resultat der langjährigen Kooperation und den stabilen Netzwerken zwischen den CBOs, die zuvor bereits auf lokaler Ebene öffentliche Aufklärungskampagnen und Lobbyaktivitäten organisiert und ihre jeweiligen Communities mobilisiert hatten. Im Zentrum dieser Demonstrationen stand die Forderung, die Menschenrechte von Migranten in den USA anzuerkennen und deren Gleichbehandlung in Bezug auf Respekt, Status und Privilegien zu gewährleisten.

In ihrer täglichen Arbeit setzen die CBOs sich für eine inklusiveres Verständnis amerikanischer Identität sowie neue Richtlinien, die zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen sollen, ein. Auf diesem Weg gab es kleine und große Erfolge: 2014 führte eine Kampagne, die von CBOs organisiert wurde, zur Einführung eines Kommunalausweises für alle Einwohner New York Citys, auch für die papierlosen Einwanderer. Konkret bedeutete die Einführung dieses Dokuments beispielsweise, dass eine Mutter endlich über einen gültigen Ausweis verfügte, durch den sie an Elternabenden in der Schule ihres Kindes teilnehmen konnte. Dieser Ausweis erkannte sie als geschätztes Mitglied der New Yorker Gemeinschaft an. Es gab aber auch Rückschläge – wie bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA. Doch auch in Zeiten, in denen die Migrantencommunities zunehmend attackiert werden, haben sich CBOs immer an vorderster Front für die Verteidigung der Rechte von Einwanderern eingesetzt und werden dies auch zukünftig tun.

ERKENNTNISSE UND ERFAHRUNGEN AUS DEM US-AMERIKANISCHEN KONTEXT

Basierend auf den US-amerikanischen Erfahrungen könnte Deutschland in mehrfacher Hinsicht von gezielter CBO-Förderung und deren Ausbau profitieren: Die CBOs können dazu beitragen (1) kulturell und sprachlich

passende Dienstleistungen bereitzustellen, (2) schnell und angemessen auf kulturspezifische Bedürfnisse zu reagieren, und (3) ein neues Gemeinschaftsverständnis zu fördern, das die demographische Wirklichkeit von Deutschland als Einwanderungsland angemessen widerspiegelt.

„UNBESTRITTEN SIND CBOS AM GEEIGNETSTEN, DIE KOMPLEXEN HERAUSFORDERUNGEN ZU IDENTIFIZIEREN UND ZU ADRESSIEREN, DENEN ETHNISCHE, SPRACHLICHE UND RELIGIÖSE GRUPPEN ETWA BEIM ZUGANG ZU (STAATLICHEN) DIENSTLEITUNGEN GEGENÜBERSTEHEN.“

Während die ersten beiden Vorteile klar und unbestritten sind, ist der mutmaßliche positive Effekt, der durch die Förderung eines inklusiven Gemeinschaftsverständnisses entsteht, im Kontext der aktuellen amerikanischen Politik kritischer zu sehen. Unter Sozialwissenschaftlern herrscht eine anhaltende Debatte über den Zusammenhang von Multikulturalismus, Staatsbürgerschaft und Sozialstaat. Auf der einen Seite gibt es Forscher, die argumentieren, dass Diversität dem Sozialstaat schade, und dabei häufig die USA als „paradigmatischen Fall“ anführen, da es den Amerikanern nachweislich an einem ausgeprägten Solidaritätsgefühl mangle, was soziale Wohlfahrt und Sozialleistungen betrifft.¹² Im Gegensatz zu dieser These deutet eine empirische Studie von Banting et al. darauf hin, dass Politik, die Multikulturalismus mitdenkt und die verschiedenen ethnischen Gruppen einbezieht, keinerlei politische Dynamiken erzeugt, die den Sozialstaat unterminieren.¹³ In einer Studie von 2006 zur öffentlichen Meinung in Europa zeigt Van Oorschoot allerdings, dass nach Einschätzung der Befragten Einwanderer soziale Transferleistungen weniger ‚verdienen‘ als andere Bevölkerungsgruppen. Dieses ablehnende öffentliche Meinungsbild begünstige, so Van Oorschoot, den Popularitätszuwachs rechtspopulistischer Parteien.¹⁴ Er argumentiert außerdem, dass die „korrodierenden Auswirkungen“ durch den Multikulturalismus sich sehr wahrscheinlich indirekt und langfristig auswirken werden: Insoweit die Sozialsysteme in Europa vor allem mit überdurchschnittlicher Inanspruchnahme durch Ein-



Auch am 16. Februar 2017 fand der „Day without immigrants“ – als Reaktion auf die Wahl Donald Trumps – erneut statt.

wanderer assoziiert werden, wie dies bei ‚Schwarzen‘ in den USA der Fall ist, könnte die Legitimität des gesamten Sozialsystems davon betroffen sein.¹⁵ Er kommt zu dem Fazit, dass ein mögliches Resultat der Rückbau des Wohlfahrtsstaats sein könnte.

Die Wahl Donald Trumps, dessen Kampagne durch rassistische und populistische Rhetorik geprägt war, die sich offensiv gegen Migranten und ‚Big Government‘ richtete, scheint eher ersteres Argument zu stützen. Ich wiederum denke allerdings, dass der alleinige Fokus auf Multikulturalismus die Rolle der problematischen Seite des amerikanischen Individualismus sowie die Schwäche der Linken herunterspielt. In der zeitgenössischen amerikanischen Politik beeinflussen die Konzepte der persönlichen Freiheit und Ungebundenheit den öffentlichen Diskurs über Gebühr. Das Recht jedes Einzelnen auf Schutz vor staatlichen Eingriffen in die persönliche Freiheit wird für die Bekämpfung einer Sozialpolitik missbraucht, die eigentlich bestehende Ungleichheiten ausgleichen sollte. In der öffentlichen Meinung dominiert der Glaube an die neoliberale Lüge, dass die Sozialfürsorge die individuelle Freiheit unterminiert und Abhängigkeiten fördert.¹⁶ Für die Aufrechterhaltung dieser Idee sind jedoch beide Seiten verantwortlich. Tatsächlich diente sie der demokratischen Clinton-Regierung 1996 sogar als Grundlage zur Verabschiedung des ‚Personal Responsibility and Work Opportunity Act‘,

welcher den lebenslangen Anspruch auf Sozialhilfe im Bedarfsfall beendete.¹⁷

CBOS SIND IM WESENTLICHEN
‘BOTTOM-UP-REAKTIONEN‘ DER
MIGRANTENCOMMUNITIES, DIE
SICH SELBST BEI DER INTEG-
RATION IN IHR NEUES HEIMAT-
LAND UNTERSTÜTZEN.

Auch die verschiedenen Strömungen der US-amerikanischen Linken hielten bei ihrem Streben nach sozialer Gerechtigkeit an dieser falschen Dichotomie von Gleichheit und Einzel-/Gruppenrechten fest. Häufig herrscht eine Kluft zwischen Aktivisten, die einen zunehmend gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Unterkünften, Bildung etc. propagieren, und solchen, die die Rechte von Einwanderern, Frauen, LGBTQ und afrikanischen Amerikanern etc. fördern wollen. Einige Wissenschaftler führen die Schwäche der Linken in den USA auf diese Fragmentierung zwischen Umverteilungs- und Anerkennungspolitik zurück.¹⁸ In der Tat ist

diese Zerteilung linker Politik teilweise mitverantwortlich für den Sieg eines rechtspopulistischen Kandidaten bei den amerikanischen Wahlen.

Angesichts der amerikanischen Erfahrungen wäre es sinnvoll, dass deutsche CBOs sich für ein Konzept einsetzen, welches bei Emejulu und Scanlon „Politik für soziale Wohlfahrt“ genannt wird.¹⁹ Wohlfahrtspolitik berücksichtigt dann sowohl Freiheit als auch Gleichheit, indem sie die Autonomie der Einzelnen durch die Wahrung individueller sozialer Rechte fördert.²⁰ Zusammengefasst beschreibt dies eine Wohlfahrtspolitik, die sich damit befasst, wie institutionalisierte Gleichheit persönliche Freiheit gewährleisten kann.²¹

Konkret müssten CBOs in Deutschland noch stärker gefördert werden – nicht nur, um sich für die Anerkennung und Integration von Migrant communities, sondern auch für Umverteilung – eigentlich ein traditionelles Thema der Arbeiterklasse –, einzusetzen. In der Praxis bedeutet dies, die Förderung von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Gleichheit von den CBOs von Beginn an verknüpft und gemeinsam verfolgt werden sollte. Unterstützend wirken könnten dabei etwa die Entwicklung migrantisch-geführter CBOs innerhalb bestehender Gewerkschaften oder die Berufung eines Gewerkschaftsmitglieds in den Vorstand einer solchen CBO. So kann die Herausbildung und Förderung von Migrant communities in Deutschland aktiv darauf hinwirken, Solidarität zu unterstützen, den Wohlfahrtsstaat zu stärken und rassistischen Ressentiments entgegenzuwirken.

HERAUSFORDERUNGEN IM DEUTSCHEN KONTEXT

Die Fülle an CBOs in den USA ist aus der Notwendigkeit entstanden, auf das bereits angeführte, schwache Wohlfahrtssystem in den USA, das zu Eigenverantwortung auffordert, zu reagieren. Im Vergleich zu Deutschland mangelt es US-amerikanischer Sozialpolitik sowohl an Tiefe als auch an Breite, um soziale Sicherung auf alle Einwohner auszuweiten und das Wohl aller gleichermaßen zu gewährleisten.²² Bemühungen der US-Regierung, die die Integration von Einwanderern betreffen, sind dezentralisiert und fragmentiert und weisen große Versorgungslücken auf. Dies spiegelt den US-amerikanischen Laissez-Faire-Ansatz im Bereich der Wohlfahrtspolitik wider. Aufgrund des begrenzten Engagements der Bundesregierung (von Flüchtlingshilfe abgesehen) liegt ein Großteil der Verantwortung bei

Bundesstaaten und Kommunen. Deutlich wird dies an den beträchtlichen einwanderungspolitischen Unterschieden innerhalb der USA.²³ CBOs sind daher im Wesentlichen ‚Bottom-up-Reaktionen‘ der Migrant communities, die sich selbst bei der Integration in ihr neues Heimatland unterstützen. Es überrascht daher nicht, dass gerade Städte wie New York, die über ausgeprägte CBO-Netzwerke verfügen, auch die einwandererfreundlichste Politik in den USA betreiben.

Was die Förderung eines starken CBO-Netzwerks angeht, ist die größte Herausforderung für Deutschland daher paradoxerweise gerade die Stärke seines Wohlfahrtsstaats. Es scheint somit unwahrscheinlich, dass sich in Deutschland CBOs und entsprechende Netzwerkstrukturen in gleicher Zahl und Vielfalt wie in den USA entwickeln werden. Eine ähnliche Herausforderung besteht bei der Finanzierung. Während die meisten CBOs mit beschränkten Ressourcen agieren und von freiwilligen Helfern abhängig sind, werden sie in den USA oftmals auch durch Stiftungen sowie die ausgeprägte Wohltätigkeitskultur finanziell unterstützt. Beides ist in Deutschland aufgrund des starken Sozialstaats nur wenig ausgeprägt.

Damit sich von Einwanderern geführte CBOs in Deutschland entwickeln können, müssen sich Stiftungen und Regierung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene aktiv in die Förderung einbringen – sowohl finanziell als auch bei der Etablierung von Pilotprojekten. Solche Initiativen werden voraussichtlich eher klein und sehr stark von lokalem Kontext und der Stellung der Migrant community abhängig sein. Dies kann eine weitere Hürde für die Sicherstellung der Finanzierungen darstellen, da vor allem die hohe Zahl der kürzlich in Deutschland eingetroffenen Flüchtlinge eher nach skalierbaren Ansätzen zu verlangen scheint. Es ist jedoch wichtig, eine Balance zwischen den unmittelbaren Bedarfen im Kontext der jüngsten Migrationsbewegung und dem langfristigen Ziel der Integration zu finden. Um dieses Ziel zu erreichen, können von Einwanderern gegründete und geführte CBOs eine wichtige Rolle spielen. ■

Der Text wurde aus dem Englischen übersetzt.

ANMERKUNGEN

- ¹ Statistisches Bundesamt (2015): <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Migrationshintergrund.html>. Abgerufen am: 19. December 2016.
- ² Koser, Khalid (2007): *International migration. A very short introduction*. New York (NY): Oxford University Press.
- ³ Global Commission on International Migration (2005): *Migration in an inter-connected world: new directions for action*. Genf (CH): 44.
- ⁴ OECD (2015): *Indicators of Immigrant Integration: Setting*. In: OECD Publishing, Paris.
- ⁵ U.S. Citizenship and Immigration Services (2014): *Helping Immigrants Become New Americans: Communities Discuss the Issues*.
- ⁶ Moy, Joyce (2013): *Asian Pacific American New Yorkers Count: Awareness to Action*. New York (NY): Asian American/Asian Research Institute, City University of New York.
- ⁷ Weiss, Linda; Trezza, Claudia; Wiener, Abigail (2009): *Strengthening the Capacity of Immigrant Community-Based Organizations: Findings from An Evaluation of The New York Immigration Coalition Health Collaborative*. New York (NY): New York State Health Foundation.
- ⁸ Emejulu, Akwugu; Scanlon, Edward (2015): *Community development and the politics for social welfare: rethinking redistribution and recognition struggles in the United States*. Oxford University Press, *Community Development Journal*, 51 (1): 3.
- ⁹ Marshall, Thomas H. (1964): *Class, Citizenship and Social Development*. Garden City (NY): Doubleday.
- ¹⁰ Cordero-Guzmán, Héctor R. (2005): *Community-Based Organisations and Migration in New York City*. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 5 (5): 889-909.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Castles, Stephen; Schierup, Carl-Ulrik (2010): *Migration and Ethnic Minorities*. In: Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger und Christopher Pierson (Hgg): *The Oxford Handbook of Welfare States*. 278-291.
- ¹³ Banting, Keith; Johnston, Richard; Kymlicka, Will; Soroka, Stuart (2006): *Do multiculturalism policies erode the welfare state? An empirical analysis*. In: Keith G. Banting und Will Kymlicka (Hgg): *Multiculturalism and the Welfare State: Recognition and Redistribution in Contemporary Democracies*. Oxford: Oxford University Press. 49-91.
- ¹⁴ Oorschot, Wim Van (2006): *Making the difference in social Europe: Deservingness perceptions among citizens of European welfare states*. *Journal of European Social Policy*, 16 (1): 23-42.
- ¹⁵ Ebd. 38.
- ¹⁶ Harvey, David (2007): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.; Hall, Stuart; Massey, Doreen; Rustin, Michael (2015): *After Neoliberalism? The Kilburn Manifesto*. London: Lawrence and Wishart.
- ¹⁷ Soss, Joe (2000): *Unwanted Claims: The Politics of Participation in the U.S. Welfare System*. Ann Arbor (MI): University of Michigan Press.; Katz, Michael (2008): *The Price of Citizenship: Redefining the American Welfare State*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- ¹⁸ Emejulu, Akwugu; Scanlon, Edward (2015): *Community development and the politics for social welfare*.
- ¹⁹ Ebd.
- ²⁰ Ben-Ishai, Elizabeth (2012): *Fostering Autonomy: A Theory of Citizenship, the State, and Social Service Delivery*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- ²¹ Emejulu, Akwugu; Scanlon, Edward (2015). *Community development and the politics for social welfare*.
- ²² O'Connor, John (1998). *US social welfare policy: the Reagan Record and Legacy*. *Journal of Social Policy*, 27 (1): 37-61.
- ²³ Sainsbury, Diane (2012): *Welfare States and Immigrant Rights: The Politics of Inclusion and Exclusion*. Oxford: Oxford University Press.

INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN DER INTEGRATION – INNOVATIVE IMPULSE FÜR DIE PROJEKTARBEIT



Prof. Dr. Volker Kronenberg

Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Marco Jelic

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Dr. Manuel Becker

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Jasmin Sandhaus

Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bonner Akademie

1. EINLEITUNG

Integration ist – spätestens seit den globalen Migrationsentwicklungen der letzten Jahre – national wie international ein Kernthema medialer Debatten und politischer Agenden. Gerade Deutschland hat in seiner jüngsten Geschichte einen integrationspolitischen Wandel vollzogen: Während man jahrzehntelang nach der Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter“ politisch leugnete, ein Einwanderungsland zu sein, führte die Anerkennung dieser gesellschaftlichen Realität dazu, Integration als (bundes-)politische Aufgabe zu begreifen und aktiv zu gestalten. In Zeiten der Globalisierung ist die Gestaltung der Migration längst eine internationale Herausforderung, doch oftmals bleibt die Diskussion der konkreten – und so wichtigen – Integrationsarbeit vor Ort national oder regional beschränkt.

Dabei kann ein Blick über den „Tellerrand“ die Debatte und, viel wichtiger noch, die konkrete Arbeit befruchten. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Rahmenbedingungen können die Integrationserfahrungen anderer Einwanderungsgesellschaften auch in Deutsch-

land neue Impulse setzen. Weltweit gibt es Länder, die nicht erst seit den jüngsten Ereignissen durch Einwanderung geprägt sind, oder die – wie im Fall der USA – Einwanderung sogar als Teil des nationalen Selbstverständnisses begreifen. Es gibt Regionen auf der Welt, die sich durch multikulturelles Zusammenleben und ethnische Vielfalt auszeichnen und in denen Integration ebenso wie in Deutschland eine zentrale Herausforderung darstellt. Ein prüfender Blick auf Erfolgsfaktoren der Integrationsarbeit über nationale Grenzen hinweg kann demnach dazu beitragen, deutsche Ansätze und Konzepte zu bereichern und integrationsbezogene Projektarbeit in Deutschland noch effektiver zu gestalten.

Denn der Bedarf ist nach wie vor akut: Noch immer schneiden Menschen mit Migrationshintergrund schlechter in Bildung und Ausbildung ab – meist auf Grund sozialer, milieuspezifischer Faktoren. Sie sind häufiger von Armut betroffen und in Führungspositionen und Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert. Gerade Menschen mit muslimischem Glauben sehen

sich zudem mit gesellschaftlichen Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert. Besonders unmittelbar stellen sich diese Herausforderungen im Ruhrgebiet als eine der multikulturellsten, aber auch ärmsten Regionen Deutschlands. Nach Erhebungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2010 lebten zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Muslime mit deutscher oder ausländischer Staatsbürgerschaft in NRW, ein Großteil davon im Ruhrgebiet. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung liegt mit rund 8% damit etwas über dem Bundesdurchschnitt.¹

Den Blick auf das Ruhrgebiet richtet auch das praxisorientierte Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft“, das darauf abzielt, die Gründe für die teilweise fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag von Muslimen und Nicht-Muslimen der jungen und älteren Generation zu untersuchen und auf dieser Grundlage greifbare Ansätze zur Belebung des interkulturellen Austauschs und im gesellschaftlichen Alltag durch konkrete Projekte der Alten- und Jugendhilfe zu erarbeiten. Die Begleitung von Integrationsprojekten seit nunmehr eineinhalb Jahren ermöglicht einen tiefen Einblick in (kritische) Erfolgsfaktoren der Integrationsarbeit.² Diesen Einblick um eine internationale Perspektive zu ergänzen, verspricht neue Impulse und innovative, aber passgenaue Programmatiken für die deutsche Projektlandschaft. Zu diesem Zweck wurde eine international vergleichende Studie durchgeführt, die den Blick auf Integrationsprojekte in unterschiedlichen Ländern richtete. Im Rahmen von Gesprächen mit Integrationspraktikern, Wissenschaftlern und Journalisten konnte so ein umfassender Einblick in die nationalspezifischen Voraussetzungen und in die jeweiligen Integrationsstrategien gewonnen werden. Im Vordergrund stand dabei die Identifikation von Schlüsselkonzepten, deren Umsetzung in Deutschland bisher nicht im Fokus steht, jedoch – übertragen auf die Bedingungen im Ruhrgebiet – positive Effekte mit Blick auf Integration und Chancengleichheit erwarten lässt.

2. GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN, UNTERSCHIEDLICHE LÖSUNGSANSÄTZE?

Besucht wurden Länder, die eine heterogene Bevölkerungsstruktur sowie eine von ethnischer und religiöser Vielfalt geprägte Gesellschaft aufweisen – denn genau dort stellt sich die Frage nach Erfolgsstrategien in der Integrationsarbeit. Dennoch unterscheiden sich auch

sogenannte Einwanderungsländer – unabhängig davon, ob im nationalen Diskurs als solche bezeichnet oder nicht – in den grundlegenden Bedingungen und rechtlichen Bestimmungen, die das Zusammenleben gestalten. Das verdeutlichten die Forschungsaufenthalte in Österreich, in den USA und in Schweden.

Österreich verfügt geostrategisch und soziokulturell über ähnliche Bedingungen wie Deutschland, damit einhergehend auch über einen hohen Anteil von Migranten – und speziell von Muslimen – an der Gesamtbevölkerung, der insgesamt sogar leicht über dem in Deutschland liegt.³ Dementsprechend ähnlich gelagert sind auch die Herausforderungen, die besonders Bildung, Ausbildung und Arbeit betreffen. Im Unterschied dazu ist die Situation des Islam in Österreich jedoch insofern einzigartig, als dass er schon 1912 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt wurde. Dieses sogenannte Islamgesetz wurde 2015 neuformuliert. Wichtigste Inhalte sind in diesem Zusammenhang das Verbot der dauerhaften Auslandsfinanzierung, die Schaffung eines Studiengangs zur Ausbildung der Imame sowie die grundsätzliche Anerkennung muslimischer Feiertage.⁴ Trotz des besonderen rechtlichen Status sehen sich auch die Muslime in Österreich mit wachsender Islamophobie und gruppenbezogenem Rassismus konfrontiert.

TROTZ UNTERSCHIEDLICHER VORAUSSETZUNGEN UND RAHMENBEDINGUNGEN KÖNNEN DIE INTEGRATIONSERFAHRUNGEN ANDERER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFTEN AUCH IN DEUTSCHLAND NEUE IMPULSE SETZEN.

Die USA wiederum gelten als das Einwanderungsland schlechthin, auch im eigenen Selbstverständnis. Trotz aktuell protektionistischer Tendenzen und wachsenden Ressentiments gerade muslimischen Mitbürgern gegenüber, gehört Einwanderung noch immer zu den grundlegenden Prinzipien US-amerikanischer Politik und zum Grundpfeiler nationaler Identität. Politisch

schlägt sich dies an den vergleichsweise geringen Hürden nieder, die etwa für eine Arbeitserlaubnis zu überwinden sind. Ein wichtiger Faktor US-amerikanischer Integrationspolitik liegt auf der schnellen und unkomplizierten Arbeitsmarktintegration und der öffentlichen Bereitstellung von Bildung. Zudem besitzen alle in den USA geborenen Kinder die amerikanische Staatsbürgerschaft.⁵ Muslimische Einwanderer sind im Vergleich zu anderen ethnischen Gruppen eine Minderheit. Etwa 1% der amerikanischen Gesamtbevölkerung – und damit deutlich weniger als im europäischen Durchschnitt – ist muslimischen Glaubens, dennoch sind die Muslime die heterogenste Gruppe in den USA, was ihre Herkunftsländer angeht.⁶ Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind muslimische Migranten ähnlich erfolgreich, was Bildungsabschlüsse und Haushaltseinkommen betrifft. Demgegenüber steht jedoch auch ein überproportional hoher Anteil an Geringverdienern.⁷ Diese sind die hauptsächliche Zielgruppe der unterschiedlichen Integrationsinitiativen. Durch den nur schwach ausgeprägten Wohlfahrtsstaat fokussieren diese meist auf Beratung und Services, die der Zielgruppe eine basale soziale Absicherung gewährleisten. Auch bei der Finanzierung integrationspolitischer NGOs und Projekte hält sich der Staat zurück. Ein Großteil der Kosten wird durch das starke Stiftungswesen in den USA getragen. Die muslimische Population in den USA sieht sich spätestens seit dem 11. September mit wachsendem Rassismus konfrontiert. Durch den Wahlkampf und die Wahl Donald Trumps als neuem US-Präsidenten verstärkte sich diese Entwicklung drastisch.⁸

Internationale Rankings erklären Schweden immer wieder zum Integrationsweltmeister.⁹ Die liberale Einwanderungspolitik entlang des klassischen skandinavischen, sozialdemokratisch ausgerichteten Wohlfahrtsstaats galt dafür lange Zeit als Treiber. Mit über 16% der Bevölkerung, die im Ausland geboren ist, ist Schweden einer der Staaten mit dem höchsten Migrantenanteil innerhalb der EU – aktuell zählen dazu auch rund 800.000 Menschen mit muslimischen Hintergrund, die zum Teil schon in der zweiten und dritten Generation dort leben. Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsbewegungen droht Schweden – zumindest wenn man den internationalen Medien Glauben schenkt – seinen Status als Vorbild zu verlieren und kämpft mit ähnlichen Problemen wie der Rest der EU-Mitglieder. Arbeitsmarktintegration und zunehmende Probleme mit der Unterbringung gehen einher mit der jüngsten Verschärfung des Asylrechts und wachsenden Stim-

mentgewinnen rechter und rechtspopulistischer Parteien. Traditionell ist der schwedische Staat gemäß des wohlfahrtsstaatlichen Ansatzes sehr stark in die Finanzierung integrationspolitischer Initiativen involviert, während das Stiftungswesen im Vergleich eine weniger große Rolle spielt. Anders als in Deutschland werden auch religionsspezifische Ansätze, die sich identitätsstärkend auf die Community auswirken, gefördert.

Davon auszugehen, dass sich aufgrund dieser unterschiedlichen Voraussetzungen auch die Herausforderungen diametral unterscheiden, so wurde deutlich, entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Auch im internationalen Vergleich lassen sich zentrale Erfolgsfaktoren identifizieren, die über nationale Grenzen hinweg Gültigkeit besitzen. Im Bildungsbereich tragen Schulabschluss, Ausbildung oder Studium maßgeblich zu nachhaltigem Erfolg bei. Die Steigerung des Bildungserfolgs von Migranten ist somit für alle Staaten zentral und steht im Mittelpunkt der Bestrebungen. Daran anschließend ist auch Arbeitsmarktintegration – vor allem der schlechter ausgebildeten – Migranten eine Herausforderung, vor der zahlreiche Staaten stehen. Mit Blick auf die (politische) Partizipation von Migranten wird auch im internationalen Vergleich deutlich, dass diese noch immer nicht gleichwertig beteiligt sind.

Die nationalen Politiken können für diese Herausforderungen zwar einen Rahmen vorgeben, sie können das Thema prioritär behandeln und Gelder zur Verfügung stellen, konkret umgesetzt und angegangen werden diese Fragestellungen dann meist in der Arbeit von Integrationsprojekten ‚vor Ort‘. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es auch hier zwangsläufig Parallelen zwischen den einzelnen Ländern, zwischen Projekten im Ruhrgebiet und den Maßnahmen in den USA, Schweden oder in Österreich gibt. Denn im Kern geht es bei der Frage, wie ein Projekt aufgestellt sein muss, damit es effektiv und bedarfsorientiert arbeiten kann, um grundlegende Parameter. Wie und mit welchen Strategien erreicht man die Zielgruppe? Wie adressiert man gesellschaftliche Bedarfe nachhaltig? Mit welchen Instrumenten fördert man Teilhabe und Partizipation? Bei aller Vergleichbarkeit auf Projektebene gilt es in der Analyse jedoch auch die Unterschiedlichkeiten der nationalen Systeme und Kontexte zu berücksichtigen.

Umso erstaunlicher erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich trotz unterschiedlicher Rahmungen ähnliche Erfolgsfaktoren herauskristallisieren, die in



Foto: flickr/creative commons/Kevin Hoogheem

Die größte Moschee in Stockholm fungiert als Vermittler in inhaltliche Projektarbeit.

Deutschland jedoch bisher nur eingeschränkt Berücksichtigung gefunden haben. Vor allem die USA und Schweden zeigen deutliche Analogien mit Blick auf die Implementation spezifischer Ansätze. In beiden Fällen ist ein strukturiertes Leadership-Training in zahlreichen Projekten fest verankert. Weitere Schlüsselfaktoren, so zeigte der Vergleich, sind Community-Anbindung und Ansprache sowie effektive Netzwerkarbeit, die gesellschaftliche und politische Partizipation fördern kann. Diese drei Ansätze erweisen sich vor allem als erfolgreich, wenn sie Hand in Hand umgesetzt werden und nicht losgelöst voneinander. Von diesen Bereichen können lohnenswerte Impulse für die Integrationsarbeit im Ruhrgebiet ausgehen.

3. LEADERSHIP-FÖRDERUNG

Der im amerikanischen Raum sehr stark verbreitete Begriff des ‚Leadership‘ spielt in der internationalen Integrationspolitik eine wichtige Rolle. Als Leadership wird in diesem Zusammenhang die Befähigung einzelner Community-Mitglieder bezeichnet, eine Brücken-

funktion zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der eigenen Community einzunehmen. Diese sind damit in der Lage, sowohl die kulturellen Codes der Mehrheitsgesellschaft als auch die ihrer Community ganz eigenen Codes zu verstehen und in beide Richtungen eine erklärende Rolle einzunehmen. Leadership-Förderung kann in der Praxis ganz unterschiedlich ausgestaltet werden, wie der internationale Vergleich gezeigt hat. Die Angebote reichen von Wochenendseminaren mit Fokus auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Migrationsgeschichte, Moderations- und Argumentationstrainings oder Demokratiebildung bis hin zu auf mehrere Jahre angelegte Programme, die neben den grundlegenden Kompetenzen einen Schwerpunkt auf die Netzbildung mit kommunalen Akteuren, (Social) Entrepreneurs und der Wirtschaft legen und auch Fähigkeiten in Organisationsaufbau und -Führung vermitteln. Diese unterschiedlichen Konzeptionen der Leadership-Trainings verfolgen jedoch alle ähnliche Ziele und wirken sich in mehrfacher Hinsicht positiv auf Integration aus: Zum einen erhöht sich durch diese Angebote die gesellschaftliche Sichtbarkeit der Migranten. Indem sie Schlüsselfunktionen in Politik,

Verwaltung oder NGOs besetzen tragen sie dazu bei, dass sich die diverse Zusammensetzung der Gesellschaft auch in Institutionen und Entscheidungsfunktionen abbildet. Für die Mehrheitsgesellschaft werden die verschiedenen Kulturen und Hintergründe sichtbar, Diversität somit ein Stückweit zur Normalität. Zudem können diese ‚Leader‘ eine Dialogfunktion übernehmen, da sie über die notwendigen Kontakte und Kenntnisse des Systems verfügen, um die für ihre Community wichtigen Anliegen und Themen an die dafür zuständigen Stellen übermitteln zu können. Mit Blick auf die Community wissen sie auch auf dieser Seite um die richtigen Ansprechpartner und können diese anders erreichen als Menschen, die nicht über spezifischen Community-Zugang und die notwendige interkulturelle Kompetenz verfügen.

Swedish Muslim Peace Movement, Stockholm

Das schwedisch-muslimische Friedensprojekt, Svenska Muslimer för Fred och Rättvisa/Swedish Muslim Peace Movement (SMPM), ist eine gemeinnützige NGO mit etwa 2000 Mitgliedern, die sich Ende der 2000er Jahre gegründet hat. Ursprünglich handelte es sich um eine studentische Initiative für Muslime, die sich zunächst vornehmlich mit sicherheitspolitischen Themen aus pazifistischer Perspektive auseinandersetzte. Seit 2010 hat sich der Fokus von der globalen Friedensidee hin zu sozialen Problemstellungen muslimischer Jugendlicher vor Ort verschoben: Das SMPM engagiert sich seitdem in Projekten und Schulungen auf drei Ebenen: Der Stärkung der individuellen Kompetenz, dem Organisationsaufbau und gesellschaftlicher Veränderung. Der Leadership-Ansatz ist dabei einer der zentralen Ansätze um die Gesellschaft nachhaltig zu verändern und diverser zu gestalten. In Wochenendseminaren werden Gruppen muslimischer Jugendlicher von 15 – 60 Personen geschult, ausgebildet und gefördert. Die Rekrutierung der Teilnehmer erfolgt über Social Media-Kanäle sowie über persönliche Netzwerke. Die Themenstellungen orientieren sich an den Bedarfen der Gruppe und reichen von administrativen Fragen wie der Vereinsgründung oder der Antragstellung von Fördermitteln bis hin zu

inhaltlichen Themen der Demokratieförderung, Sozialkompetenz und Extremismusprävention. Ziel ist es, durch das Empowerment und die Ausbildung junger ‚Leader‘ die Partizipation der Muslime in der schwedischen Gesellschaft, aber auch in der Politik, langfristig zu stärken.

Council of Peoples Organizations, New York

Der Council of Peoples Organizations (COPO) gründete sich als Reaktion auf die Verdächtigungen durch offizielle staatliche Stellen, unter denen die pakistanische Community in Brooklyn nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu leiden hatte. Staatliche Strafverfolgungsbehörden drohten den Anwohnern als Reaktion auf den islamistischen Terroranschlag mit Ausweisung oder Festnahme – oftmals jedoch ohne rechtlich stichhaltige Gründe. Mohammad Razvi, Gründer von COPO, reagierte im diesem Kontext auf die Bedürfnisse seiner Community, indem er mit der Bürokratie verhandelte und Übersetzungsdienste anbot. Daraus entwickelte sich eine große Organisation, die zahlreiche Bedarfe der Community adressiert und einen besonderen Schwerpunkt auf Leadership-Ausbildung und Empowerment von einzelnen Community-Mitgliedern legt. Erfolgsfaktoren für das in Kooperation mit zentralen Institutionen ganz unterschiedlicher Communities durchgeführte Programm ist die vorgeschaltete Selektion. Im Kontext der Youth Bridge New York wurde ein zweijähriges Leadership-Programm aufgesetzt, in dessen Rahmen jedes Jahr 35 vielversprechende und engagierte Community-Mitglieder ausgewählt und als Führungspersönlichkeiten ihrer jeweiligen Community geschult werden. Im ersten Jahr besteht das Programm aus Diversity- und Anti-Rassismus-Trainings sowie verschiedenen Treffen mit Stakeholdern aus Politik und von NGOs. Der Fokus des zweiten Jahres liegt auf der Identifikation von Gestaltungsmöglichkeiten und dem Netzwerkaufbau. Hierfür finden regelmäßige eins-zu-eins Treffen mit New Yorker Stakeholdern aus den unterschiedlichsten Berei-

chen statt. Ziel ist es, zu einem diversen New York beizutragen und Menschen mit Migrationshintergrund sowohl zu Sprechern ihrer Community auszubilden als auch in die Lage zu versetzen, das Zusammenleben auf unterschiedliche Weise selbst aktiv zu gestalten.

4. COMMUNITY-ANBINDUNG

Ein zentraler Aspekt praktischer Integrationsarbeit ist der Zugang zur Community. Ohne diesen ist es schwierig, die Zielgruppe anzusprechen und zu erreichen. Dies gilt sowohl für die deutsche als auch die internationale Projektlandschaft. Den Gedanken der Leadership-Förderung aufgreifend, ist es gerade deshalb grundlegend, dass Mitglieder der Community diesen Zugang schaffen und das Projektangebot so ausrichten, dass es den Bedürfnissen der Community entspricht. Das gilt vor allem für Angebote traditioneller Träger oder etwa der Kommune, die oftmals auch heute noch weniger vielfältig aufgestellt sind. Migrant*innenorganisationen haben diesen Zugang in der Regel schon qua Definition. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass nicht jedes Community-Mitglied diese Funktion einnehmen kann, sondern ein gewisses Standing sowie vertrauensbasierte Beziehungen zur Zielgruppe notwendig sind. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Community kann in Einzelfällen auch durch langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit ersetzt werden und damit eine ähnliche Wirkung entwickeln, in der Regel ist der Aufbau dieser Beziehungen jedoch mit sehr viel Zeit und Arbeit verbunden und stark personenabhängig. Integrationsprojekte und -initiativen müssen ihr Angebot darüber hinaus an ihrer Zielgruppe ausrichten, nicht nur inhaltlich, sondern auch was Ort und Zeit angeht. Das traditionell deutsche Vereins- und Verwaltungswesen mit klaren zeitlichen Rahmungen entspricht dabei oftmals nicht den Bedarfen der Migrant*innen. Auch um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, braucht es ein gewisses Verständnis und Wissen. Besonders erfolgreich sind in diesem Zusammenhang niedrigschwellige, breite Angebote ohne größere Zugangshürden. In den USA haben sich so beispielsweise zahlreiche Community-spezifische Organisationen gegründet, die mit Hilfe ihrer Angebote den nur schwach entwickelten Wohlfahrtsstaat kompensieren und eine basale Grundversorgung gewährleisten oder

über bestimmte Angebote und Möglichkeiten aufklären. Diese Organisationen fungieren als Plattform, die mit ihren Serviceleistungen und Beratungen viele Menschen anziehen, darüber hinaus jedoch auch über ein inhaltliches Projektangebot oder die entsprechenden Netzwerke zu Partnerorganisationen verfügen und die Hilfesuchenden oder auch gesamte Familien so nachhaltig weitervermitteln können.

Arab American Family Support Center, New York

*Die Non-Profit-Organisation Arab American Family Support Center (AAFSC) wurde 1994 in Brooklyn gegründet und hat sich seitdem zum größten Servicezentrum für Menschen aus dem arabischen und südostasiatischen Sprachraum entwickelt. In mittlerweile fünf Filialen, die sich in den Stadtteilen befinden, in denen ein Großteil der Community-Mitglieder auch lebt, bietet AAFSC diverse Dienstleistungen an, die den Bedürfnissen der Zielgruppe entsprechen. Das Angebot richtet sich dabei vor allem an einkommensschwache Migrant*innen und umfasst Präventivprogramme, Alphabetisierungs- und Sprachkurse für Erwachsene, Nachhilfeprogramme für Kinder, Rechtsberatung vor allem mit Fokus auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft und Gesundheitsangebote für Community-Mitglieder, die sich keine Krankenversicherung leisten können oder nicht über ihren Arbeitgeber versichert sind. Zudem gibt es auch Angebote, die über ein Service- und Beratungsangebot hinausgehen, zum Beispiel Anti-Gewaltprogramme, Filmkurse, die eine künstlerische Auseinandersetzung mit Rassismus oder Islamophobie ermöglichen sowie die enge Zusammenarbeit mit einer Schule, deren Schwerpunkt auf der Vermittlung arabischer Sprachkenntnisse und arabischer Kultur liegt und so dazu beiträgt, auch die arabische Identität der Jugendlichen zu stärken. AAFSC erreicht mit seinem multikulturellen Personal, das in den meisten Fällen selbst aus den relevanten Communities stammt, mehr als 6.000 New Yorker und stellt vielfältige Angebote bereit, die an die Bedürfnisse der gesamten Familie angepasst sind.*

Auch Moscheevereine können sich als solch eine Plattform für die Community etablieren, denn sie verfügen schon per se über einen Zugang zur Community und sind - neben ihrer religiös-spirituellen Funktion - auch Treffpunkt und Ort des sozialen Austauschs, auch wenn darüber nicht vergessen werden darf, dass längst nicht alle Muslime in Moscheevereinen organisiert sind. So können Moscheegemeinden, wenn sie über die entsprechenden Netzwerke verfügen, selbst weiterführende Angebote machen oder aber an kompetente Stellen weitervermitteln und mit institutionellen Anbietern zusammenarbeiten, die auch passgenau den realen Bedarfen entsprechen.



Das Wiener Oma-Opa-Projekt bringt Senioren und junge Schüler mit Migrationshintergrund zusammen.

Islamiska Förbundet, Stockholm

Der Islamiska Förbundet (IF) wurde 1981 in Stockholm gegründet. Er ist die älteste islamische Organisation in Schweden und heute mit insgesamt etwa 40 Unterorganisationen, zu denen Jugendorganisationen, eine islamische Frauenvertretung, religiöse und kulturelle Vereine zählen, auch die am breitesten aufgestellte. Seit dem Jahr 2000 betreibt der IF die im Stadtteil Södermalm liegende Moschee, die als größte muslimische Begegnungsstätte Stockholms gilt. Ziel ist es, die schwedisch-muslimische Identität zu stärken. Dazu zählt einerseits, Muslimen in Schweden das Praktizieren ihrer Religion zu ermöglichen, und andererseits, sie zum Engagement im gesellschaftlichen und politischen Rahmen zu ermutigen und so einen Beitrag zur gesellschaftlichen Repräsentation, aber auch zur Integration zu leisten. Zahlreiche niedrigschwellige Angebote der Moschee im sozialen wie im Freizeitbereich entsprechen den Bedürfnissen der Community, die über die Moscheeanbindung erreicht wird. Darüber hinaus besteht ein tiefergehendes Projektangebot vor allem zu Demokratiebildung und Empowerment. In diesen werden Mitglieder vor allem darin bestärkt, nicht nur Teil der muslimischen Community zu sein, sondern sich auch in anderen Bereichen einzubringen und aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren.

5. NETZWERKSTRUKTUR UND PARTIZIPATION

Die Relevanz eines stabilen Netzwerks ist in zwei unterschiedlichen Bereichen essentiell für erfolgreiche, nachhaltige und professionelle Integrationsarbeit. Netzwerke sollten sowohl innerhalb der eigenen Community sowie Community-übergreifend, das heißt zu anderen Migrantenselbstorganisationen bestehen, als auch zu kommunaler Verwaltung, Politik und, idealerweise gerade mit Blick auf Fundraising, auch zur Wirtschaft und Stiftungen. Mit Blick auf die Community tragen stabile Netzwerke dazu bei, die Community zu erreichen und entsprechend ihrer Bedarfe auch an kompetente Stellen weitervermitteln zu können. Darüber hinaus können Synergieeffekte der Projektarbeit optimal genutzt werden, dadurch dass Angebote sich ergänzen oder gemeinsam aufgebaut werden sowie Wissen und Erfahrungen untereinander ausgetauscht werden. Im internationalen Vergleich wurde zudem sehr deutlich, dass Netzwerke zwischen Communities oder zwischen einzelnen Organisationen innerhalb einer Community auch dazu dienen, gemeinsamen Anliegen – gerade politisch – größere Durchschlagskraft zu verleihen. Dies kann sowohl über kurzfristige Zusammenschlüsse als auch über dauerhafte organisationale Zusammenarbeit etwa in Form von Dachverbänden geschehen.

New York Immigration Coalition, New York

Die New York Immigration Coalition (NYIC) ist ein Dachverband von rund 150 Mitgliedsorganisationen aus dem New Yorker Raum, der seit 1987 besteht und Lobbyarbeit für die Anliegen der Einwanderer betreibt. Politische Entscheider werden sowohl auf lokaler, auf bundestaatlicher als auch auf höchster Regierungsebene adressiert. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Gewährung von Chancengleichheit und fairer Behandlung für alle Einwanderer. Durch die Netzwerke zu Politik und kommunalen Akteuren konnte NYIC in der Vergangenheit bereits zahlreiche Verbesserungen bewirken, etwa die flächendeckende Bereitstellung von Dolmetschern in sechs unterschiedlichen Sprachen für Schulen und öffentliche Einrichtungen oder zusätzliche Gelder für die Gesundheitsversorgung von einkommensschwachen Migranten, unabhängig vom legalen Status. Gute Kontakte zu Medien und Journalisten sorgen für die öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Anliegen. Schwerpunkte der Arbeit sind politische Partizipation, Bildung, Gesundheit, das Einwanderungsrecht und Zugang zu Sprachkursen. Für die Mitgliedsorganisationen bietet NYIC zudem unterschiedliche Weiterbildungsprogramme in den einzelnen inhaltlichen Schwerpunkten an, die Informationen können so durch die Teilnehmer direkt an die jeweiligen Communities weitergetragen werden.

Netzwerke zur kommunalen Verwaltung und zur (Kommunal-)Politik tragen dazu bei, Community-spezifische Anliegen zu den richtigen Ansprechpartnern zu transportieren, sichern aber auch Mitspracherechte und Partizipation an Entscheidungsprozessen. Diese Netzwerke können sowohl formeller als auch informeller Art sein bzw. sich gegenseitig ergänzen. Abhängig davon wie stark der Staat in der Finanzierung von Integrationsmaßnahmen engagiert ist, tragen diese Beziehungen auch dazu bei, die Finanzierung der Organisationen zu gewährleisten. Auch wenn staatliche Förderung in der Regel zeitlich befristet und mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden ist, ist diese wich-

tige Grundlage für die Arbeit unzähliger Organisationen oder ermöglicht im Idealfall den Aufbau stabiler, dauerhafter Strukturen und die Beantragung von weiteren Fördermitteln. Vor allem der Finanzierung dienen auch Netzwerke zur Wirtschaft, denn diese stellen Mittel oftmals dauerhafter und weniger bürokratisch zur Verfügung. Auch inhaltlich kann die Zusammenarbeit mit Unternehmen gewinnbringend sein, gerade wenn Integrationsmaßnahmen darauf abzielen, Jugendliche in Ausbildung zu bringen oder Praktikumsplätze zu vermitteln. Ähnlich profitabel können sich Netzwerke zu Stiftungen auswirken. In ihren Förderbedingungen unterscheiden sich diese untereinander zwar stark, in der Regel ist die Verwaltung der Projektmittel und ihre Zweckgebundenheit dort jedoch auch weniger aufwendig und variabel oder kann sogar bilateral ausgehandelt werden. Zudem zeigt besonders die internationale Perspektive, dass Stiftungen die Arbeit auch inhaltlich unterstützen oder zum Organisationsaufbau beitragen, indem sie weiterführende Angebote bereitstellen. Hierzu zählen beispielsweise Rechtsberatung, Trainings zur Öffentlichkeitsarbeit, Leadership- oder betriebswirtschaftliche Seminare. Auch die Vernetzung der geförderten Projekte untereinander wird von Stiftungen teilweise zur Voraussetzung gemacht.

Magistratsabteilung 17 – Integration und Diversität, Wien

Die Magistratsabteilung 17 – Integration und Diversität (MA 17) ist der Stadt Wien zugeordnet und richtet sich sowohl an die in Wien lebenden Migranten als auch an die Mehrheitsgesellschaft. In ihren Zuständigkeitsbereich fallen die Information und Unterstützung von Dienststellen sowie mit Zuwanderung befassten Organisationen mit dem Ziel einer Stärkung der interkulturellen Kompetenz bei der Aufgabenerfüllung, die Anregung von und Mitwirkung bei integrations- und diversitätsrelevanten Modellprojekten, die Kooperation mit Organisationen von zugewanderten Personen und die Förderung integrationsrelevanter Projekte. Die MA 17 verfügt über sogenannte Regionalstellen, verteilt über das Wiener Stadtgebiet und in den Außenbezirken. Sie bilden die Scharnier- und Vernetzungsfunktion zu den Migrantinnen und

Migranten vor Ort in den Stadtteilen. Der Zugang für Migrantenorganisationen zu kommunalpolitischen Entscheidern und die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure spielt eine wichtige Rolle bei der Etablierung eines Dialogkanals, der die Berücksichtigung diverser Interessen ermöglicht und so insgesamt einen positiven Beitrag zu Integration leistet. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang auch die Bestrebungen, interkulturelle Öffnung in Institutionen zu fördern und so insgesamt zu einer Verbesserung der Partizipation beizutragen.

6. FAZIT UND AUSBLICK

Insgesamt, so wurde deutlich, kann die internationale Perspektive auch die nationale Projektarbeit befruchten und wertvolle Impulse für heimische Initiativen liefern – deutschlandweit und ganz speziell im Ruhrgebiet. Trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen, gesellschaftlichen Strukturen und Gesetze ähneln sich die grundsätzlichen Herausforderungen – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – sowie die Lösungsansätze in einer globalisierten Welt so stark, dass gegenseitiges Lernen in der Integrationsarbeit zukünftig noch stärker verankert werden sollte.

Denn gerade strukturierte Leadership-Trainings werden in Deutschland bisher nur sehr vereinzelt umgesetzt, haben jedoch großes Potential, gerade weil sie sich auf vielfältige Bereiche positiv auswirken und – wenn auch nicht direkt – Einstellungsveränderungen in der Mehrheitsgesellschaft begünstigen können. Der Leadership-Ansatz greift zum einen den Community-Gedanken auf, zum anderen beinhaltet die Identifizierung und Förderung von aktiven Community-Mitgliedern den wichtigen Aspekt der Teilhabe. Dafür braucht es qualifizierte Akteure, die durch Projekte und Maßnahmen gefördert und befähigt werden sollten. Die deutsche Projektlandschaft konzentriert sich in sehr linear aufgestellten Projekten nach wie vor sehr stark auf funktionale Aspekte wie Schule und Ausbildung, und erreicht so sehr viele Migranten in einem bestimmten Bereich, die ganzheitliche Förderung einzelner, herausragender Persönlichkeiten aus der Community hat sich hierzulande jedoch bisher nicht durchgesetzt. Für Stiftungen und den Staat wäre es diesbezüglich gewinnbringend in ihrer Förderung stärker auf diese Aspekte zu fokussieren.

Eng damit verknüpft ist die Anbindung der Träger und Institutionen an die jeweiligen muslimischen Communities. Die Etablierung einer solchen Struktur wäre aber nicht nur durch unabhängige Projekte denkbar, sondern etwa auch durch Parteien, die so gleichzeitig Nachwuchs fördern, zu größerer Vielfalt und Chancengleichheit beitragen und neue Wählerkreise erschließen könnten.



Besuch des Projektteams beim Council of Peoples Organization in New York.

Grundvoraussetzung dafür ist jedoch die enge Anbindung zur Community. Das gilt auch für Integrationsmaßnahmen in Deutschland, die sonst trotz des guten Willens an der Zielgruppe vorbei gehen können bzw. diese gar nicht erst erreichen. Das „Matching“ muss daher verbessert werden. Ein Nebeneinander von Angeboten und Bedarfen ist auf Dauer ineffektiv. Dazu beitragen können eben diese Organisationen, die über ein niedrigschwelliges und breites Angebot, das für einen Großteil der Zielgruppe relevant ist, als eine Plattform agieren und die Leute an entsprechende Stellen – sowohl intern als auch extern – weitervermitteln. Was in den USA über ein für zahlreiche Migranten nahezu lebensnotwendiges Angebot – nämlich soziale Absicherung und Versorgung – funktioniert, kann so nicht auf Deutschland übertragen werden. Hier gilt es vielmehr,

gemäß des Stockholmer Modells, Orte zu identifizieren, deren Besuch zum Alltag der Muslime gehört, an den sie also ganz automatisch kommen und an denen eine Verankerung von weitergehenden Angeboten durchaus sinnvoll wäre. Neben dem klassischen Beispiel der Moscheegemeinde wären hier auch (Grund-)Schulen denkbar. Doch auch in diesem Fall wäre auf Community-Anbindung durch vertrauensbasierte Beziehungen und interkulturelles Personal zu achten.

Die Partizipation und Vernetzung zwischen Akteuren der Integrationsarbeit, Migrantenvereinen, Politik und Verwaltung stärkt zum einen die Teilhabe und Interessenvertretung von Migranten, in diesem Fall aus muslimischen Kreisen, zum anderen führt der Dialog dazu, die Strukturen der Mehrheitsgesellschaft für die Interessen der muslimischen Communities zu sensibilisieren. Die Community-übergreifende Zusammenarbeit und die Identifikation gemeinsamer Interessen sind in diesem Zusammenhang vielversprechend und sollten professionalisiert werden. Denkbar wäre auf Ruhrgebietspezifische Bedingungen auch ein erweitertes Rollenverständnis der Kommunalen Integrationszentren in diese Richtung, die ihr Potential diesbezüglich nicht immer vollkommen ausschöpfen und größeren Wert auf die Etablierung umfassender Netzwerkstrukturen zur Kommune, aber auch untereinander legen sollten.

Ein Aspekt bleibt jedoch auch im internationalen Kontext unterbeleuchtet: Es gibt kaum Projekte und Maßnahmen, die die Mehrheitsgesellschaft adressieren. Es geht zumeist darum, den migrantischen Communities Hilfestellung zu geben. Diese Defizitorientierung ist einseitig und blendet aus, dass für eine gelingende Integration auch die Öffnung und Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft notwendig ist, denn so abgenutzt es mittlerweile auch klingen mag – Integration ist und bleibt keine Einbahnstraße. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): *Muslimisches Leben in NRW*, Düsseldorf, S. 150ff.
- ² Im Rahmen des Forschungsprojekts werden 17 Partnerprojekte aus den Ruhrgebietsmetropolen Duisburg, Essen und Gelsenkirchen begleitet. Durch teilnehmende Beobachtung, Hintergrundgespräche, Interviews und Fokusgruppengespräche soll ein umfassender und tiefer Einblick in das Angebot und die jeweiligen Erfolgsfaktoren gewonnen und auf dieser Basis konkrete Handlungsempfehlungen gewonnen werden.
- ³ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/312152/umfrage/anzahl-der-muslime-in-oesterreich/>, abgerufen am 17.01.2017.
- ⁴ Vgl. https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Islamgesetz/Islamgesetz_2015_-_Gesetzestext.pdf, abgerufen am 16.01.2016.
- ⁵ Vgl. Czogalla, Michael (2016): *Integration in den USA – Einwanderungsland par excellence*. FES Briefing.
- ⁶ Vgl. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/07/22/muslims-and-islam-key-findings-in-the-u-s-and-around-the-world/>, abgerufen am 16.01.2016.
- ⁷ Vgl. <http://www.people-press.org/2011/08/30/section-1-a-demographic-portrait-of-muslim-americans/>, abgerufen am 16.01.2016.
- ⁸ Vgl. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/21/anti-muslim-assaults-reach-911-era-levels-fbi-data-show/>, abgerufen am 16.11.2016.
- ⁹ Vgl. <http://www.mipex.eu/sweden>, abgerufen am 16.01.2016.



Die Freiheitsstatue stand für Millionen von Einwanderern, die in die USA kamen, für Demokratie und ein besseres Leben.



Foto: flickr/creative commons/Cliff Hellis

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Vizekanzler Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Matthias Döpfner sowie Bundespräsident a.D. Christian Wulff und Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



